

Antisemitismus im Königreich Württemberg zwischen 1871 und 1914

VON HANS PETER MÜLLER

Vorbemerkungen

Während die Literatur zum Antisemitismus auch für den Forscher kaum noch zu überblicken ist¹, schien das Phänomen in Württemberg, glaubt man der landesgeschichtlichen Literatur, eigentlich nicht zu existieren. In einem älteren Werk zur Sozialgeschichte² kommt noch nicht einmal der Begriff vor, in einer neueren Darstellung findet der Antisemitismus im Kaiserreich keine Erwähnung³. Paul Sauer erwähnt zwar „antisemitische Strömungen“ in Württemberg seit den 1880er Jahren, schränkt jedoch ein, dass über die „Judenfeindlichkeit in Württemberg ... zu wenig bekannt“ sei⁴. Wolfgang von Hippel hat dementsprechend scheinbar „verhältnismäßig unbedeutend[e] ... antisemitische Strömungen und Stimmungen“ im deutschen Südwesten während des Kaiserreichs ausgemacht⁵.

Diese Befunde müssen erstaunen, sind sie doch von der Realität recht weit entfernt. Das Königreich Württemberg war zwar keine Hochburg des Antisemitismus; dieser benötigte hier auch eine längere Anlaufzeit. Seit den 1890er Jahren lässt er sich jedoch – wenn man denn will! – sozusagen allenthalben greifen. Unverschnörkelt hat bisher nur Jürgen Genuneit⁶ den Partei- und Verbandsantisemitis-

1 Vor über einem Vierteljahrhundert präsentierte Reinhard Rürup bereits ca. 500 Titel zur ‚Judenfrage‘, zur Emanzipation und zum Antisemitismus: *R. Rürup: Emanzipation und Antisemitismus. Studien zur „Judenfrage“ d. bürgerl. Gesellschaft*, Göttingen 1975, S. 184 ff.

2 *A. Weller: Sozialgeschichte Südwestdeutschlands*, Stuttgart 1979.

3 *W. A. Boelcke: Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800–1989*, Stuttgart 1989.

4 *P. Sauer* (Bearb.): *Dokumente über die Verfolgung der jüdischen Bürger in Baden-Württemberg durch das nationalsozialistische Regime 1933–1945*, 1. Teil (Veröffentlichungen der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg 16), Stuttgart 1966, S. XLII f.

5 *H. Schwarzmaier, H. Fenske, B. Kirchgässner, P. Sauer* (Hrsgg.): *Handbuch der Baden-Württembergischen Geschichte*, Bd. 3: *Vom Ende des Alten Reiches bis zum Ende der Monarchien* (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg), Stuttgart 1992, S. 745.

6 *J. Genuneit: Völkische Radikale in Stuttgart. Zur Vorgeschichte und Frühphase der NSDAP 1890–1925* (Ausstellungsreihe Stuttgart im Dritten Reich), Stuttgart 1982. In einem Kurzkapitel behandelt ferner *H. Dicker: Aus Württembergs juedischer Vergangenheit und Gegenwart*, Gerlingen 1984, S. 83–92, einige wenige auch hier beschriebene Fälle von Antisemitismus.

mus thematisiert; der Verfasser dieser Studie hat vor Jahren den Bund der Landwirte/Bauernbund als antisemitische Bewegung vorgestellt⁷.

Hier fehlt der Raum, Ursachen, Funktion oder Erscheinungsformen des Antisemitismus im deutschen Kaiserreich zu analysieren; einige Momente seien jedoch wenigstens angedeutet. So wurde völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass die Geschichte des Antisemitismus im Deutschland des 19. und 20. Jahrhunderts Bestandteil der „Geschichte der deutschen Rechten“ ist⁸. Vor dem Hintergrund der konjunkturellen wie strukturellen Krise des Kaiserreichs seit 1873 besaß die Propagierung der sogenannten „Judenfrage“ eine mehrfache Stoßrichtung: Sie war antiliberal und antiemanzipatorisch und zielte – besonders nach Bismarcks innenpolitischer Neuorientierung 1878 – auf einen radikalen Systemwechsel. Zudem ließ sich der Antisemitismus sowohl gegen die aufkommende Sozialdemokratie (Stoecker) als auch gegen den Kapitalismus instrumentalisieren. Einerlei, ob klerikale, ökonomische oder politische Argumente, schließlich sogar noch eine abstruse Rassentheorie ins Feld geführt wurden – die jüdischen Deutschen gerieten mehr und mehr in ein Netzwerk, das sie zu Außenseitern und Sündenböcken stempelte⁹.

Vordergründig schienen einzelne Juden oder jüdische Berufsgruppen den modernen Antisemiten durchaus Angriffspunkte zu bieten. Rürup hat etwa „Disproportionalitäten in der Berufs- und Erwerbsstruktur“ zwischen Christen und Juden oder eine angebliche jüdische Beherrschung einzelner Wirtschaftszweige konstatiert und darauf verwiesen, die Juden seien „zu Beginn des Kaiserreichs die am stärksten durch den Kapitalismus geprägte Sozialgruppe“ gewesen¹⁰. Mit den württembergischen Verhältnissen haben diese Feststellungen jedoch kaum etwas zu tun¹¹.

7 H. P. Müller: Landwirtschaftliche Interessenvertretung und völkisch-antisemitische Ideologie. Der Bund der Landwirte/Bauernbund in Württemberg 1893–1918, in: ZWL 53 (1994), S. 263–300. Zuvor hatte bereits J. C. Hunt: The people's party in Wuerttemberg and Southern Germany 1890–1914: the possibilities of democratic politics (Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik 9) Stuttgart 1975, S. 93, auch: ders.: The ‚Egalitarianism‘ of the Right: The Agrarian League in Southwest Germany 1893–1914, in: Journal of Contemporary History 1975, S. 513–530, auf den bündlerischen Antisemitismus hingewiesen. Erstaunlich ist demgegenüber, dass U. Jeggli: Judendörfer in Württemberg (Volksleben 23), Magstadt 1969 – vgl. etwa S. 295 – die Rolle des Bundes völlig übersehen hat.

8 P. G. J. Pulzer: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Gütersloh 1966, S. 36.

9 Vgl. dazu etwa Rürup (wie Anm. 1), S. 80 ff, Pulzer (wie Anm. 8), S. 37 ff. Dementsprechend wird Antisemitismus hier in einem umfassenden Sinn verstanden: als irrationale und bössartige, ganz und gar unwissenschaftliche (auch wenn gern so verbrämte), antiemanzipatorische und antidemokratische jüdenfeindliche Demagogie – einerlei, ob sie aus religiösen, wirtschaftlichen, politischen oder rassistischen Motiven gespeist wird.

10 R. Rürup: Emanzipation und Krise – Zur Geschichte der ‚Judenfrage‘ in Deutschland vor 1890, in: W. E. Mosse, A. Paucker (Hrsgg.): Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914, Tübingen 1976, hier S. 45–48.

11 Der jüdische Bevölkerungsanteil war hier ohnehin gering: 1880 rund 13.000, 1910 war er auf ca. 12.000 Personen gefallen. Für antisemitische Agitatoren war dies jedoch kein Kriterium.

Dies erklärt dann auch, dass der frühe Antisemitismus im Kaiserreich seine Zentren in Berlin, Sachsen, Hessen und Westfalen hatte¹².

Früher Antisemitismus in Württemberg

In den beiden Jahrzehnten nach der Reichsgründung sind antijüdische Aktionen oder Stimmen in Württemberg nur vereinzelt wahrnehmbar. Ende März 1873 fanden etwa in Stuttgart „bedrohliche Ruhestörungen ... mit Plünderung eines Kleiderladens“ statt¹³. Der Streit entstand zwischen einem Soldaten und einer jüdischen Kleiderhändlerin. Nach der Verhaftung des Soldaten sammelte sich eine Volksmenge, die den Ruf *der Jude muß heraus* anstimmte und ein weiteres jüdisches Geschäft demolierte. Der *Volksaufstand* setzte sich an zwei nachfolgenden Tagen fort und war nur durch den gemeinsamen Einsatz von Polizei und Militär, die vom Pöbel angegriffen wurden, zu beenden. Insgesamt trugen über einhundert Privatpersonen Verletzungen davon. Obwohl der Fall als *Sensation* galt¹⁴, deuten keine Anzeichen auf eine Art Fernsteuerung des artikulierten ‚Volkszorns‘ hin. Elemente des Judenhasses sind jedoch unverkennbar.

Als Beispiel für eine judenfeindliche Gesinnung im ‚Establishment‘ kann der Freiherr von Gültlingen dienen. Der Stuttgarter Landgerichtsdirektor ließ sich 1879 als Landtagsmitglied zu der skandalösen Bemerkung hinreißen, wenn das hebräische Element seinen Einfluss weiter vergrößere, werde schließlich auch der Meineid noch straffrei. Außer einer Rüge des Präsidenten¹⁵ blieb dieser Akt folgenlos. Mit Sicherheit handelte es sich hier nicht um eine einfache Entgleisung, verzichtete Gültlingen doch auch in seinen Wahlkämpfen nicht auf antijüdische Polemik¹⁶. Antisemitische Ausfälle gab es im Reichstagswahlkampf 1876/77 auch im Oberamt Horb¹⁷, ein judenfeindliches Flugblatt war im Crailsheimer Reichstagswahlkampf

12 Dazu nach wie vor unentbehrlich *K. Wawrzinek*: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien 1873–1890, Berlin 1927. Vgl. zur ersten „Agitationswelle“ seit 1878, an deren Spitze neben obskuren Demagogen vor allem der Historiker Treitschke und – als beschämendstes Beispiel des protestantischen Antijudaismus – der Berliner Hofprediger Stoecker standen, auch *W. Jochmann*: Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus, in: *Mosse/Paucker* (wie Anm. 10), S. 406 ff. Zu den Unterstützern der Demagogen gehörte etwa auch Prinz Carl zu Hohenlohe-Ingelfingen (ebd. S. 412). Speziell zum „Berliner Antisemitismus-Streit“ und insbes. zur Langzeitwirkung Treitschkes weit über den akademischen Raum hinaus *C. Hoffmann*: Geschichte und Ideologie: Der Berliner Antisemitismusstreit 1879/81, in: *W. Benz, W. Bergmann* (Hrsgg.): Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus, Freiburg, Basel, Wien 1997, S. 219 ff.

13 *J. Hartmann*: Chronik der Stadt Stuttgart: 600 Jahre nach der ersten denkwürdigen Nennung der Stadt (1286), Stuttgart 1886, S. 280. Interessanterweise versäumte der Chronist zu erwähnen, dass die Opfer Juden waren.

14 Fränkischer Grenzbote, Crailsheim (fortan FG) Nr. 37 v. 29. 3. 1873, vgl. auch Kocherbote, Gaildorf (fortan KB) Nr. 36–38, 29. 3.–3. 4. 1873.

15 FG Nr. 21 v. 20. 2. 1879.

16 *A. Gawatz*: Wahlkämpfe in Württemberg: Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang zum politischen Massenmarkt (1889–1912), Düsseldorf 2001, S. 305 f.

17 *Jeggle* (wie Anm. 7), S. 294.

1881 aufgetaucht, ohne dass man die verantwortlichen Dunkelmänner entlarven konnte¹⁸.

Ein Fall aus der Berufswelt Gültlingens, der Justiz, illustriert die (deutschlandweit) praktizierte Diskriminierung der Juden im Staatsdienst – den permanenten Verfassungsbruch. Der jüdische Jurist Robert Hirsch (1857–1939) schildert in seinen Erinnerungen, wie er sich wieder und wieder vergeblich um eine Anstellung als Richter oder Staatsanwalt bemüht hatte. Nach zahllosen Bewerbungen erbat er schließlich 1886 eine Audienz beim württembergischen Justizminister Faber. Nachdem Hirsch dort insistierte, die wahren Gründe seiner Nichtanstellung zu erfahren, erklärte ihm der Minister, *Anstand* an seiner Konfession zu nehmen. Der Staat habe mit drei Israeliten bereits *mehr ... als dem Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung* entsprächen eingestellt. Es stehe jedoch fest, *daß der Israelite als Beamter ... Vorurteilen ausgesetzt* sei. Ohne Skrupel gestand der Minister zu, gegen Reichs- und Landesrecht zu verstoßen; das *Ernennungsrecht* der Krone bleibe davon unberührt. Er riet Hirsch, die Laufbahn eines Rechtsanwaltes einzuschlagen, was dieser dann auch tat¹⁹.

Zwar fand die *wahnwitzige Antisemitenagitation*²⁰ des Jahres 1880, betrieben von Berliner Aktivisten (Förster, Sonnenberg, Henrici) mit dem Ziel einer reichsweiten antijüdischen Petition an Bismarck, in Süddeutschland nur geringe Resonanz. In Württemberg und Baden unterzeichneten insgesamt nur ca. 7.000 Personen das letztlich gegen die Judenemanzipation gerichtete Machwerk, während in Preußen etwa 225.000 Unterzeichner gezählt wurden²¹. Auch eine scharfe Distanzierung wie etwa die des Haller Stadtschultheißen und seiner Gremien²² kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Misserfolg der Berliner Demagogen in Süddeutschland wohl vor allem darauf zurückzuführen ist, dass hier eine ‚antisemitische Infrastruktur‘ noch fehlte. Wirkungslos blieb der Schritt ohnehin nicht: Der berühmte jüdische Verfasser der „Schwarzwälder Dorfgeschichten“, der im württembergischen Nordstetten geborene Berthold Auerbach, zog angesichts der Debatte

18 FG Nr. 135 v. 15. 11. 1881. (Freundlicher Hinweis v. F. Förtsch, Crailsheim).

19 Der Lebenslauf in *M. Richarz*: Jüdisches Leben in Deutschland (Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich), Bd. 2, Stuttgart 1979, Zitate S. 284 f. Dieser alltägliche Antisemitismus, der ja keineswegs die Spalten der Presse füllte, war noch ausgeprägter im Offizierskorps. Vgl. dazu ebd. S. 37. Eine geradezu zynische Relativierung liefert *H. G. Zmarzlik*: Er rechnet apologetisch diese „Blockade“ mit einem „rasante[n] Zuwachs an Reichtumsmacht“ bei den Juden auf und verweist auf die noch rigorosere Diskriminierung von Polen und Sozialdemokraten sowie – eingeschränkter – auch der Linksliberalen hin. Zudem erkennt er den Juden ihr Deutschtum ab, spricht er doch von „Juden und Deutschen“: *ders.*: Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, in: *B. Martin, E. Schulin* (Hrsg.): Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München 1981, hier S. 251 ff.

20 Haller Tagblatt (fortan HT) Nr. 273 v. 21. 11. 1880.

21 *Pulzer* (wie Anm. 8), S. 85.

22 HT Nr. 281 v. 1. 12. 1880. Ähnlich handelte auch der Heilbronner Oberbürgermeister. Allerdings fand er keine ungeteilte Zustimmung. Drei Gemeinderäte äußerten Verständnis bzw. Sympathie für die Berliner Initiative: *H. Franke*: Geschichte und Schicksal der Juden in Heilbronn, Heilbronn 1963, S. 105 f, 274.

um die Petition im Preußischen Abgeordnetenhaus im Herbst 1880 das bezeichnende Fazit: *Vergebens gelebt und gearbeitet*²³!

Das während der 1880er Jahre verbreitete offiziöse Bild der Juden in Württemberg war bestenfalls ambivalent. In einer Charakterisierung der Landleute im Oberamt Mergentheim wurde die *Abgeschlagenheit* (gemeint ist die Schlitzöhrigkeit, HPM) mancher Bauern vor allem auf den *vielen Umgang mit Juden*²⁴ zurückgeführt. Ganz ähnlich argumentierte man für den Bezirk Künzelsau: Ob die bäuerliche *Ver-schmitztheit ... Frucht des langjährigen Verkehrs mit Israeliten* sei, wollte der Verfasser offen lassen. Er konstatierte jedoch, dass *Handel und Wandel* in jüdischer Hand liege und *die Israeliten ganze Dörfer in der Tasche haben*²⁵. Diese Äußerungen als antisemitisch zu charakterisieren, wäre wohl übertrieben, eine latente Judenfeindschaft ist jedoch unverkennbar.

Von ganz anderem Kaliber war dagegen ein Aufsatz über den ländlichen Wucher²⁶. Der Stuttgarter Verfasser sah im (selteneren) Geld- bzw. Kreditwucher, beim Viehwucher und beim Güterwucher ganz überwiegend Juden am Werk. Während die erwähnte Mergentheimer Oberamtsbeschreibung immerhin feststellte, die Juden seien den Landleuten keineswegs *immer gewachsen*²⁷, wurden die eigenartigen, jedem Landmann vertrauten Praktiken des ländlichen Handels bei Dehlinger als jüdische Perfidie geschildert. Jüdische (Zwischen-)Händler hätten sich überall als *unentbehrliches Glied ... eingeschoben* oder drohten sich *einzunisten, jedes größere Gut habe seinen Hoffjuden, ohne die israelitischen Güterhändler könne fast kein Gut gekauft oder verkauft werden*²⁸. Auch wenn die Juden im Vieh- und Güterhandel dominierten, suggeriert die Form der Darstellung Dehlingers, dass sie sich alle unseriöser oder krimineller Praktiken bedienten. Dass auch Christen in diesen Bereichen tätig waren und ohne Zweifel auch in ihren Reihen ‚schwarze Schafe‘ wirkten, blieb unerwähnt.

Der letztlich antisemitische Charakter der Schrift Dehlingers wird deutlich im Vergleich zu einer gleichzeitig erschienenen Abhandlung im Württembergischen „Wochenblatt für Landwirtschaft“²⁹. Deren Verfasser geißelte ebenfalls das wucherische Treiben, jedoch ohne die Juden auch nur zu erwähnen.

23 Zit. nach *W. Hagen*: Auerbach, Berthold. Dichter und Schriftsteller. 1812–1882, in: *M. Miller, R. Umland* (Hrsgg.): Lebensbilder aus Schwaben und Franken 7 (1960), hier S. 317. Hagen hat die Debatte irrtümlich in den Reichstag verlegt.

24 Beschreibung des Oberamts Mergentheim. Hrsg. von dem Kgl. statistisch-topographischen Bureau, Stuttgart 1880, S. 121.

25 Beschreibung des Oberamts Künzelsau. Hrsg. von dem Kgl. statistisch-topographischen Bureau, Stuttgart 1883, S. 117.

26 *G. Dehlinger*: Der Wucher auf dem Lande im Königreich Württemberg, in: *Der Wucher auf dem Lande. Berichte u. Gutachten* (Schriften des Vereins für Socialpolitik 35), Leipzig 1887, S. 53–61.

27 OAB Mergentheim (wie Anm. 24), S. 121.

28 *Dehlinger* (wie Anm. 26), S. 55–57.

29 *F. Möhrlein*: Ueber das Treiben der Wucherer, in: *Wochenblatt für Landwirtschaft* Nr. 3/1887, S. 17–19. Beide Autoren waren sich darin einig, dass *in erster Linie eigenes Verschulden* das ruiniöse Wirken der Wucherer erst ermöglichte, hier S. 19, *Dehlinger* (wie Anm. 26), S. 60. Während *Dehlinger* dem Reichsgesetz v. 24. 5. 1880 gegen den Wucher noch *eine sehr günstige Wirkung* bescheinigte (S. 60), sei

Christlicher Antisemitismus

Während die religiös fundierte christliche Judenfeindschaft mindestens so alt ist wie der bössartige Mythos von den Juden als Christusmördern³⁰, ist zwischen den beiden Kirchen doch auf Unterschiede zu verweisen. Die evangelischen Weichenstellungen zum Antisemitismus sind klarer und deutlicher als die der Katholiken; „der Antisemitismus wurde in der Wilhelminischen Ära vornehmlich eine Angelegenheit der protestantischen Mehrheit“³¹. Pointiert ist zu betonen, dass die Katholiken weder über einen Luther noch einen Stoecker verfügten – und auch keine ‚Deutschen Christen‘ hervorbrachten. Iris Hamel, sich auf Martin Broszat berufend, betont einen gemeinsamen Aspekt des christlichen Antisemitismus: Er zielte nicht auf die Religion als solche, sondern auf die – angebliche – „Religionslosigkeit“ des modernen und aufgeklärten Judentums.

Dies war exakt die Position eines „konservativen Christentums“ á la Stoecker³², das letztlich, ohne es zuzugeben, eigene Positionen und Privilegien gefährdet sah.

Evangelische Judenfeindschaft

Die mit den Namen Luther und Stoecker umrissene historische Doppelhypothek des deutschen Protestantismus kann in ihren Auswirkungen nicht negativ genug veranschlagt werden. Luthers beschämendes Pamphlet „Von den Juden und ihren Lügen“ war im Protestantismus alles andere als vergessen. Von Antisemiten jeder Couleur³³ bis hin zu den Nationalsozialisten wurden die Ausfälle des Reformators immer wieder genüsslich zitiert.

Die Bedeutung des württembergischen Emanzipationsgesetzes rechtfertigt, einige Jahre vor die Reichsgründung zurückzublicken. Anlässlich der parlamentarischen Beratung in der Stuttgarter zweiten Kammer Anfang Dezember 1863 artikulierte

hier vorweggenommen, dass spätere staatliche Maßnahmen die antisemitische Demagogie kaum einschränkten. Zu erwähnen sind vor allem das (ergänzende) Reichsgesetz v. 19. 6. 1893, das ein Vorgehen gegen Vieh- und Grundstückswucher ermöglichte. Später ordneten württembergische Vorschriften die Buchführungspflicht für Grundstückshändler sowie die oberamtliche Genehmigung sog. Güterzerstückelungen an. Vgl. dazu: Die Landwirtschaft und die Landwirtschaftspflege in Württemberg. Denkschrift mit Ermächtigung d. K. Ministerien d. Innern u. d. Kirchen- u. Schulwesens neu hrsg. von d. K. Zentralstelle für d. Landwirtschaft, Stuttgart 1908, S. 528 ff. Die – noch darzustellende – Propaganda des Bauernbundes hielt unbeirrt am offensichtlich unverzichtbaren Klischee des jüdischen Wucherers fest.

30 Von einem solchen traumatischen Kindheitserlebnis berichtet der 1886 in Horb geborene Fritz Frank. Es waren insbesondere *Lehrer oder ... Pfarrer*, die christliche Kinderseelen so indoktrinierten. Wohl die allermeisten jüdischen Kinder empfingen diesen *Stich ins Herz*. *Richarz* (wie Anm. 19), hier S. 176f.

31 *Jochmann* (wie Anm. 12), S. 434.

32 *I. Hamel*: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg 6), Frankfurt/Main 1967, S. 27.

33 Vgl. etwa das Organ der württ. Antisemiten, die Schwäbische Reform (fortan SR) Nr. 9 v. 31. 5. 1895.

ein führender Pietist, der das Oberamt Herrenberg vertretende Stuttgarter Rechtsanwalt Dr. Oskar Wächter, seine ebenso abstrusen wie erschreckenden religiösen Vorbehalte; wollte er doch den Juden *volle Gleichberechtigung im Verkehr* gewähren. Seine Grundangst war die, dass eine *schrankenlose Gleichstellung* letztlich eine Preisgabe des christlichen Staates und seiner Prinzipien bedeute. Der fromme Mann konstatierte, die *Bestrebungen des modernen Judenthums* [seien] *Allem Deutschnationalen, Vaterländischen, ja allem tieferen Wesen der deutschen Wissenschaft und Kunst zuwider ... wie eine eisige Polarluft*. Er sah in dem Gesetzentwurf das Volks- wie das öffentliche Leben *entsittlicht, entchristlicht und zerrüttet*, verwahrte sich gegen *einen unterschiedslosen Brei* zwischen Christen und Juden und protestierte gegen die zu erwartenden *landesverderblichen Folgen*, den *Verath an der heiligsten Sache*³⁴.

Als schließlich auch das Pro und Contra christlich-jüdischer Mischehen diskutiert wurde, wies Wächter nicht nur auf unüberwindbare Gegensätze hin (*Denselben Christus, welchen die Christen als ... Gott und Seligmacher anbeten, nennt der Jude einen Gotteslästerer und Betrüger*), sondern bemühte auch ein – zynisch gesagt zukunftssträchtiges – Rassenklischee: *Wie kann der Staat ... eine solche Ehe gestatten? Dadurch würde eine ganz neue Race ... erzeugt, ... eine „Race“, die man in Württemberg bisher gar nicht gekannt hat, ein Bastardengeschlecht, welches in die Welt zu setzen einem christlichen Volke nicht angeschlossen werden darf*³⁵.

Keiner der insgesamt 36 Redner reichte auch nur in Ansätzen an die borniert-bösartigen Ansichten Wächters heran. Da war es geradezu harmlos, wenn etwa der Prälat von Hauber für *Vorsicht* plädierte und von christlichen Dienstboten in jüdischen Häusern berichtete, die *oft von der Sonntagsheilung abgehalten werden*³⁶. Sein Kollege, Prälat von Mehring, sah zwar im Judentum *etwas Ehrwürdiges*, meinte jedoch damit nur die Orthodoxen. Bezeichnend und zugleich entlarvend war dagegen seine Sicht des *Reformjuden*: Dieser habe *fortwährend etwas Spezifisches an sich* und lasse *sich schlechterdings nicht mit der übrigen Gesellschaft ... vereinigen*³⁷. Dass Wächters Ausfälle keinesfalls als Ausnahme gelten können, bewies in den 1880er Jahren das Stuttgarter Pietistenblatt, der „Christen-Bote“. Im Kontext der Erfolge des bewunderten und verteidigten Stoecker polemisierte das Blatt immer wieder gegen die Juden und blieb diesem Kurs auch treu³⁸.

Die Zentralfigur protestantischer Judenfeindschaft, Stoecker, machte die Juden praktisch „für alles..., was seinen Vorstellungen von einer heilen Welt und einer intakten Gesellschaft widersprach“ verantwortlich³⁹. Der talentierte Demagoge

34 Verhandlungen der württ. Kammer d. Abgeordneten (VKA), 2. 12. 1863, S. 239–241.

35 Ebd. S. 272.

36 Ebd. S. 256.

37 Ebd. S. 246.

38 S. Biland: Die Deutsch-Konservative Partei und der Bund der Landwirte in Württemberg vor 1914, Stuttgart 2002, S. 57ff, 77f.

39 Jochmann (wie Anm. 12), S. 432.

war spätestens seit Anfang der 1880er Jahre zur protestantisch-konservativen Kultfigur geworden; seine berüchtigten Berliner Massenveranstaltungen⁴⁰ weckten die niedersten Instinkte seiner Zuhörer. Stoeckers Außenwirkung war enorm; auch die württembergische Presse berichtete ausführlich über seine zahlreichen Auftritte. Im November 1880, während der schon erwähnten Juden-Debatte im Preußischen Abgeordnetenhaus, artikuliert er seine Bestrebungen und heuchelte, ein Freund der Juden zu sein, dem es fern liege, ihnen ihre Rechte zu nehmen. Sein Auftreten in der Judenfrage sei ihm insbesondere von der verlogenen jüdischen Presse aufgedrängt worden. Er argumentiere keineswegs aus Neid gegen jüdische Vermögen, vielmehr gegen die *Art des Erwerbs*, die zur Erbitterung führe. Demzufolge sei für ihn die jüdische Frage allein eine sozialwirtschaftliche und weder Rassen-, Religions- noch Staatsrechtsfrage. Stoecker betonte, sowohl gegen den Linksliberalismus als auch die Sozialdemokratie zu kämpfen und konstatierte die Gefährdung des Christentums – Christen würden *gehetzt ... wie ein wildes Tier* – und seiner Werte⁴¹.

Es bedarf keiner Begründung, dass diese in der Maske des entrüsteten Biedermannes vorgetragene Argumente im konservativen Lager auf enorme Zustimmung stießen. Gleichzeitig stand fest, dass „niemand ... so nachhaltig wie er den theologischen Nachwuchs auf Jahrzehnte hinaus geprägt“ hat⁴². Die überwiegende Mehrheit der evangelischen Theologen in Württemberg wie anderswo vertrat die Thesen, die durch Stoecker salonfähig gemacht wurden.

Ein Besuch Stoeckers in Stuttgart im Oktober 1890 veranlasste die konservative „Reichspost“ zu geradezu hymnischen Lobesworten auf seinen *felsenfesten Charakter*, auf den *ganzen Mann ... in unserer an Charakteren ... so armen ... Zeit*. In mehreren Veranstaltungen, u.a. vor Lehrern oder einem Riesenpublikum in der Liederhalle, darunter auch die *Frau Herzogin Vera*, sprach er zur sozialen Frage, über Sozialdemokratie und Sozialmonarchie und habe dabei *alle Herzen erwärmt*. Das Blatt geißelte die Kritiker und rief dem *unerschrockenen Wortführer der christlichen Weltanschauung, ... dem trefflichen Vorkämpfer auf dem sozialen Gebiete* seinen Dank zu⁴³. In der gleichen Ausgabe entrüstete sich das konservative Blatt über einen kritischen Artikel im linksliberalen „Beobachter“. Dort wurde etwa festgestellt, *der Demagoge im Talar* und *politische Hofprediger* habe zur Enttäuschung seiner Anhänger auf antisemitische Ausfälle verzichtet.

Die Wertschätzung Stoeckers im evangelischen Württemberg lässt sich vielfach belegen. Zur Reichstagswahl 1890 erhielt er als Nichtkandidat im Oberamt Gaildorf 28 Proteststimmen gegen den katholischen Bewerber⁴⁴. Bezeichnender war

40 Der linksliberale „Beobachter“ sprach von *antisemitischen Theatervorstellungen*. Zit. nach der Stuttgarter Deutschen Reichspost (fortan RP) Nr. 239 v. 12. 10. 1890.

41 HT Nr. 275 v. 24. 11. 1880. Ein Kommentar im gleichen Blatt bezeichnete die Judenhetze als eines *hochzivilisierten Volke[s]* unwürdige *Unglaublichkeit*.

42 *Jochmann* (wie Anm. 12), S. 432.

43 RP Nr. 239 v. 12. 10. 1890.

44 KB Nr. 8 v. 23. 2. 1890 (Sonntagsblatt).

die Stellungnahme evangelischer Geistlicher aus dem Dekanat Besigheim anlässlich seiner (beschämend späten) Entlassung als Hofprediger: Sie drückten ihm ihre *herzlichste Sympathie* aus und betonten, dass er *allen Deutschen, die Gottes Wort und seine evangelische Kirche noch lieben, von Jahr zu Jahr immer teurer werde*⁴⁵.

Gleichzeitig war Stoeckers Einfluss auf evangelische Gruppierungen reichsweit unübersehbar. Dies gilt etwa für die evangelischen Arbeitervereine⁴⁶, die so ebenfalls mit antisemitischem Gedankengut konfrontiert wurden. Der Stuttgarter Pfarrer Traub, der an der Spitze der württembergischen Vereine stand, hatte etwa die Frontstellung seiner Organisation gegen rote (= SPD), schwarze (= Katholiken) und *goldene Internationale* betont und letztere unmissverständlich als *den Schacher und Wucher, der nichts arbeitet und nur spekuliert, in deren Händen die Presse zum großen Teil ist* und die *in seltsamen Beziehungen zur Sozialdemokratie stehe, gebrandmarkt*⁴⁷. Im Evangelischen Arbeiterverein Schweningen hielt der Vorstand, Pfarrer Fischer, 1893 einen Vortrag über den Antisemitismus, der die Haltung eines Großteils seiner Kollegen klassisch formulierte. Der Redner sprach sich sowohl gegen den durch Rasse und Religion bestimmten als auch den *Salon- und Wirtschaftsantisemitismus* aus. In *sozialer Beziehung* gab er jedoch *dem maßvolleren Antisemitismus in vielem Recht*⁴⁸. Beide Aussagen waren Varianten der Position Stoeckers, dessen sozial verbrämte Demagogie auch regelmäßiges Thema im wohl wichtigsten Kirchenblatt im Südwesten, dem Stuttgarter „Evangelischen Sonntagsblatt“ war⁴⁹.

Der 1890 u.a. von Stoecker primär als Kampforgan gegen die Sozialdemokratie gegründete Evangelisch-Soziale Kongress ist als weiteres Vehikel für den reichsweiten evangelisch-konservativen Kult um seine Person zu sehen. So berichtete 1894, nach dem fünften Kongress in Frankfurt/Main, ein *begeisterte[r] Redner* über die evangelisch-soziale Sache, der junge Stadtvikar Wurm⁵⁰. Für die lebenslange Stoecker-Bewunderung – und den ebenfalls lebenslangen Antisemitismus – des späteren württembergischen Kirchenpräsidenten und Bischofs war hier der Grund gelegt worden. Obwohl Stoecker den Kongress nach Auseinandersetzungen mit den ‚Jungen‘ um Friedrich Naumann verlassen hatte⁵¹, wurde während des

45 RP Nr. 266 v. 13. 11. 1890.

46 Jochmann (wie Anm. 12), S. 432 f. Vgl. auch D. Fricke: Gesamtverband ev. Arbeitervereine Deutschlands 1890–1933, in: Ders. (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte, Bd. 3, Leipzig 1985, S. 14 ff.

47 RP Nr. 123 v. 28. 5. 1892. Möglicherweise handelt es sich hier um die von M. Zelzer: Weg und Schicksal der Stuttgarter Juden, Stuttgart o.J. [ca. 1964], S. 68, erwähnten „antisemitischen Ausfälle“ Traubs.

48 RP Nr. 33 v. 9. 2. 1893.

49 H. W. Smith: Alltag und politischer Antisemitismus in Baden, 1890–1900, in: ZGO 141 (1993), hier S. 302.

50 RP Nr. 152 v. 3. 7. 1894.

51 H. Gottwald: Evangelisch-sozialer Kongreß 1890–1945, in: Fricke (wie Anm. 46), Bd. 2, hier S. 590.

siebten, 1896 in Stuttgart tagenden Kongresses eine Art Ergebniseitsadresse an ihn gerichtet: Der Kongress kenne seine *großen und bleibenden Verdienste ... um die Begründung und Förderung der evangelisch-sozialen Bewegung ... dankbar an*, bedaure *in hohem Maße seinen Austritt* und hoffe *trotzdem auf weitere Gemeinschaft*⁵². Diese in Anwesenheit des württembergischen Innenministers und natürlich hochrangiger Kirchenvertreter formulierte Adresse galt zwangsläufig auch dem Antisemiten Stoecker.

Obwohl für die Entwicklung in Württemberg kaum relevant, sei, um das Ausmaß der ‚Stoekerei‘ im Kaiserreich anzudeuten, hier noch auf das eigentliche politische Vehikel des selbsternannten *Begründer[s] der antisemitischen Bewegung*⁵³ verwiesen, die Christlich Soziale Partei. Sie existierte bis 1895/96 als selbständige Gruppe innerhalb der Deutschkonservativen; anschließend, als eigenständige Gruppierung, war ihre Bedeutung gering. Der württembergische Konservative Schrempf hatte Stoecker übrigens als *Mann aus dem Volke* und *Mann für das Volk* bejubelt⁵⁴.

Eine kritische Betrachtung des Protestantismus in seinem Verhältnis zum Judentum darf ein gern ignoriertes – und leider noch immer relevantes – Problem nicht verschweigen: die sogenannte Judenmission. Diese den Katholiken fremden Aktivitäten können trotz aller gegenteiligen Beteuerungen nicht anders als judenfeindlich gewertet werden. Die hinter dem Missionsgedanken stehende – letztlich absurde – Ideologie wurde wie folgt formuliert: Zwar sei vom Volk der Juden *das Heil ausgegangen*; dem Christentum stehe das Volk jedoch feindlich gegenüber. *Der Kampf gegen Christus kristallisiert sich gleichsam im Judentum. Diese Beobachtung treibt uns an, vorzugehen in der christlichen Lösung der Judenfrage*⁵⁵. Die *Mission unter Israel* war in Württemberg höchst aktiv⁵⁶. Ihr Repräsentant war Pfarrer Völter aus Großingersheim, der *jahrzehntelang* auf diesem Gebiet wirkte. So wurde ein Vortrag von ihm in Hall mit der Feststellung motiviert: *Die Judenfrage ist an der Tagesordnung*. Auf diese Ankündigung im Lokalblatt folgte postwendend eine jüdische Antwort: Die sogenannte Judenfrage sei durch die Verfassung des Reiches längst gelöst, sie spuke nur noch *in den vom Gift des Antisemitismus zersetzten Köpfen*⁵⁷. Dies ließ die antisemitische „Reichspost“ nicht ruhen: Dem Einsender Nathan Hähnlein wurde das *Kollern* eines *Trut-Hähnleins* bescheinigt und ihm dumm-dreist zugerufen: *Herr Nathan, was sagen Sie zu der Ansicht, daß es selbst in ... Hall eine ‚Judenfrage‘ giebt?*⁵⁸

52 KB Nr. 63 v. 2. 6. 1896.

53 Zit. n. *D. Fricke*: Christlichsoziale Partei 1878–1918, in: *Ders.* (wie Anm. 46), Bd. 1, S. 443.

54 RP Nr. 233 v. 7. 10. 1895.

55 RP Nr. 158 v. 10. 7. 1891 (Vortrag vor dem Tübinger akademischen Missionsverein durch einen Redner des Leipziger Institutum Judaicum, dem deutschen Missionszentrum).

56 Die RP des Jahres 1890 berichtet über eine Reihe von Veranstaltungen – vgl. die Nrn. 175, 205, 264. *M. Zelzer* (wie Anm. 47), führt bereits für 1882 einen Verein für Judenmission unter dem Pfarrer Hofmann an. Der Verein „Mission unter Israel“ mit Pfarrer Völter war noch nach 1904 aktiv (S. 516).

57 HT Nr. 148 u. 149 v. 29. u. 30. 6. 1894.

58 RP Nr. 158 v. 10. 7. 1894.

Nach dem bisher Gesagten liegt es auf der Hand, dass judenfeindliche Äußerungen und Wühlereien aus der evangelischen Pfarrerschaft Württembergs sozusagen Legion sind. Nährboden dafür war, wie erwähnt, das Erbe Luthers und Stoeckers, die ebenfalls auf Luther zurückgehende Staatsvergötzung, die sozialistischen oder linksliberalen Juden den zusätzlichen Makel unterstellter Staatsfeindschaft eintrug. Einige ‚Kostproben‘ mögen dies verdeutlichen. Pfarrer Kopp aus Perouse, die Judenmission als *Pflicht der Kirche* und sich als Konservativen bezeichnend, konstatierte *viel jüdische Verblendung* in der Erwartung, *von den konservativen Christen zu verlangen, daß sie der Judenemanzipation sich freuen sollen*. Für Kopp stand fest, die Juden wollten *nie und ... nirgends Deutsche, Franzosen oder Engländer* werden. Sie setzten *gerade seit der Emanzipation ... alle Kräfte ein, ohne Aufgabe des jüdischen Rings die christlichen Völker wirtschaftlich und geistig zu unterjochen*. Vorerst sei *Deutschem Volkstum und christlichem Glauben keine Sozialdemokratie und keine Papstkirche so gefährlich wie das internationale und anti-christliche Judentum*. Das *feindselige Judentum* als Brüder zu behandeln bedeutete für den glühenden Antisemiten nichts weniger als *christlichen Selbstverrat*⁵⁹.

Gegenüber solchen Ausfällen war es dann schon fast zivil, wenn in der Gaildorfer Diözesansynode *das Judentum* als einer der Auslöser der *drohende[n] soziale[n] Frage* diffamiert wurde⁶⁰. An einer Wahlversammlung 1893 im Gaildorfer Bezirk beteiligte sich auch ein evangelischer Stadtvikar als strammer Wahlkämpfer. Der etwas konfuse Bericht lässt nicht ganz deutlich werden, ob die Diffamierung der jüdischen Führer von SPD und Linksliberalen sowie die Aussage, das Reich verkrafte 500.000 Juden, *Anhänger eines fremden Volkes ... welche bekanntlich in ihrer großen Mehrheit nichts arbeiten, sondern bloß von unserem Schweisse leben*, vom Vikar oder von anderer Seite kamen; widersprochen wurde der Demagogie nicht⁶¹.

Als kompromissloser Wahlkämpfer trat der Leiter der Anstalt Tempelhof bei Crailsheim, Pfarrer Saylor, auf. Bei der Reichstagswahl 1893 blieb er in einem Ausfall gegen die Linksliberalen noch etwas mystisch, indem er vor volksausbeutenden *Elementen* warnte⁶², seine Zielrichtung war jedoch klar. 1906 feuerte er anlässlich des Landtagswahlkampfes erneut eine Breitseite gegen die Demokraten, die er im *Bund mit dem Judentum* sah. Dabei machte er eine infame und – wie gezeigt – für seinesgleichen typische Unterscheidung: Lob galt dem *hochachtbaren Judentum*, das *das Gesetz der Väter als höchstes Kleinod bewahrt ... [und] seine Blicke nach Palästina richtet*. Demokratischer Partner sei dagegen das *Judentum, das an der Börse spielt, mit Warenhäusern und Riesenbazaren die kleineren und mittleren Geschäftsleute zu erdrücken droht [und] in seiner Presse oft genug christlichen Glauben und christliche Sitte verhöhnt*⁶³.

59 RP Nr. 171 v. 24. 7. 1895.

60 KB Nr. 107 v. 5. 9. 1891.

61 KB Nr. 67 v. 13. 6. 1893.

62 FG Nr. 93 v. 15. 6. 1893.

63 FG Nr. 281 v. 4. 12. 1906.

Bemerkenswert war auch der Aufsehen erregende Fall des Gerabronner Stadtpfarrers Brecht. Er hatte 1898 in einer Broschüre ungeheure Anklagen gegen den jüdischen Bankdirektor Israel Landauer erhoben⁶⁴, einen weitbekannten Demokraten und Motor des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts in Stadt und Bezirk Gerabronn. War das Hauptmotiv des nominellen Nationalliberalen, tatsächlich aber hochkonservativen „Agrariers“ Brecht auch ein abgründiger Hass gegen die Demokraten und ihren „Beobachter“, so war die Schrift zugleich gespickt mit Ausfällen gegen den *jüdisch-demokratischen Parteiterrorismus*, die *Judendemokratie*, die *Segnungen des jüdisch-demokratischen Regiments* oder das Wirken des Fürste[n] Israel. Brecht zeichnete das Horrorbild eines Regiments, das der allmächtige Landauer mit Abhängigen und Hörigen angeblich führte und dessen Opfer er darstellte. Dabei, so ist zwischen den Zeilen zu lesen, habe die Königsrolle allein ihm, Brecht, gebührt. (*Ein Israel Landauer ... sollte nicht nach souveränem Belieben den Stadtpfarrer behandeln dürfen*⁶⁵.) Der fraglos einflussreiche Landauer wurde zur Klage praktisch provoziert, Brecht wegen Beleidigung zu einer recht hohen Geldstrafe verurteilt, das Urteil auf seine Kosten publiziert, die Broschüre gerichtlich konfisziert⁶⁶.

Es war so – um einen anderen Blickwinkel einzunehmen – alles andere als erstaunlich, dass Pfarrer Otto Umfried, der Vorkämpfer des württembergischen Zweigs der Deutschen Friedensgesellschaft, von „seinen Standesgenossen ... nur als ‚Friedenshetzer‘ und ‚Ketzer‘, wie auch als ‚Freund von Juden und Judengenossen‘ diffamiert“ wurde⁶⁷. Dies war der Geist, aus dem heraus jener bereits erwähnte Stoecker-Bewunderer Wurm 1938, nach einer Verurteilung des Pogroms vom 9. November, die schier unglaublichen Worte schrieb: *Ich bestreite mit keinem Wort dem Staat das Recht, das Judentum als ein gefährliches Element zu bekämpfen. Ich habe von Jugend auf das Urteil von ... Treitschke und ... Stoecker über die zersetzende Wirkung des Judentums auf religiösem, sittlichem, literarischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiet für zutreffend gehalten und vor dreißig Jahren als Leiter der Stadtmission in Stuttgart gegen das Eindringen des Judentums in die Wohlfahrtspflege einen öffentlichen und nicht erfolglosen Kampf geführt*⁶⁸.

Trotz unbestreitbarer Verdienste verkörpert dieser nach 1945 glorifizierte Bischof mit seinem für einen Großteil der württembergischen Pfarrerschaft repräsentativen Weltbild idealtypisch Schuld und Versagen seiner Kirche. Der Deutschnationale Wurm feierte etwa 1933 die ‚Machtergreifung‘ mit fast hymnischen Worten und machte so das Regime salonfähig. Gleichzeitig rührten er und der Oberkirchenrat keinen Finger, um Pfarrer Hermann Umfried, den Sohn des ‚Friedenshetzers‘, zu

64 Drei Jahre im Gerabronner Bezirk, Barmen 1898 (Ev. Landeskirchl. Archiv Stgt. A 27 Nr. 317).

65 Die Zitate ebd. S. 31, 56, 41 und 21.

66 Der Vaterlandsfreund, Gerabronn (fortan Vfr.) Nr. 161 v. 14. 7. 1898.

67 Zit. nach E. Röhm, J. Thierfelder: Juden, Christen, Deutsche 1933–1945. Bd. 1, Stuttgart 1990, S. 124.

68 Zit nach ebd., S. 46.

schützen. Dieser wurde nach kritischen Kanzelworten gegen Deutschlands erstes Judenpogrom 1933 in Creglingen und Niederstten – die beiden Kirchen schwiegen dazu – von den Nazis in den Selbstmord getrieben⁶⁹.

Katholische Judenfeindschaft

Spätestens seit Olaf Blaschkes verdienstvoller Studie ist „die Behauptung, der Katholizismus habe der antisemitischen Verführung widerstanden, unhaltbar.“ Die katholische Judenfeindschaft war für ihn „zwar nicht so auffällig“ wie die der Protestanten, „aber dennoch schwerwiegend“. In gewisser Weise war der katholische sogar „nicht nur ein ‚Mitläufer‘, sondern in wichtigen Aspekten sogar ein Vorläufer“ des protestantischen Antisemitismus⁷⁰, ein Befund, der auch anderwärts bestätigt wird⁷¹.

Eine katholische Stimme aus den bereits behandelten Landtags-Verhandlungen von 1863 über das Emanzipationsgesetz, die des Domkapitulars von Langner, illustriert die enorme Distanz seiner Kirche zum Judentum. Langner wettete gegen die *schlimme und schädliche Konsequenz* einer Aufhebung des Mischeheverbots, die die *Fundamente des Staates* bedrohe. *Eine wahrlich sittlich-religiöse Erziehung könne in einer Ehe zwischen Christen und Juden nicht wohl stattfinden*⁷².

Eine bemerkenswerte Parallele zum Antisemiten Wurm stellt der von 1898 bis zu seinem Tod 1926 als Bischof von Rottenburg amtierende Tübinger Moralprofessor von Keppler dar. Er war zwar kein Wanderprediger und Agitator wie Stoecker, aber fraglos ein ganz und gar unbelehrbarer Antisemit. Für ihn waren Juden *Bacillen* oder ein *Pfahl im Fleisch*; er sah sie mit *giftgetränkte[n] Federn die öffentlichen Brunnen der Bildung und Moral durch Einwerfen ekliger und eitriger Stoffe vergiften*⁷³. Dass diese Äußerungen vor Kepplers Amtsantritt als Bischof erfolgten, macht sie nicht weniger schockierend⁷⁴.

69 Vgl. zur Rolle Wurms zwischen 1918 und 1933 *H. P. Müller*: Die Bürgerpartei/DNVP in Württemberg 1918–1933, in: ZWLG 61 (2002), im Druck. Zum Fall Umfried I. *Umfried*: Hermann Umfried – Erinnerungen an die Jahre 1930 bis 1934 in Niederstetten, in: WFr 66 (1982), S. 203–227. Als Beispiel für die unerträgliche Glorifizierung Wurms mag das Geleitwort des Prälaten W. Metzger in: *G. Schäfer*: Die Evangelische Landeskirche in Württemberg und der Nationalsozialismus, Bd. 1, 1971, insbes. S. 8, stehen. Danach war Wurm „eine unschätzbare Gabe Gottes“, dem die „Dankbarkeit ... der gesamten evangelischen Christenheit in Deutschland gebührt“. Seine enormen Schattenseiten werden vernebelt („Belastungen der Tradition“).

70 *O. Blaschke*: Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 1997, S. 265.

71 *Jochmann* (wie Anm. 12), S. 398 f.

72 VKA v. 3. 12. 1863, S. 277.

73 Zit. nach *Blaschke* (wie Anm. 70), S. 109, 192. Diese Schattenseite Kepplers wird gern – wohl nach der Devise, „was nicht sein darf, kann nicht sein“ – diskret verschwiegen: *A. Hagen*: Keppler, Paul Wilhelm von, Bischof von Rottenburg. 1852–1926, in: *M. Müller, R. Uhlend* (Hrsgg.): Schwäbische Lebensbilder 6 (1957), S. 429–444 oder *W. Baum*, in: Neue deutsche Biographie, Bd. 11, Berlin 1977.

74 Sie stammen aus der Reisebeschreibung *Wanderfahrten und Wallfahrten im Orient*, die erstmals 1894/95 erschien. Aber auch spätere Auflagen blieben unverändert: *H. Greive*: Die gesellschaftliche Bedeutung der christlich-jüdischen Differenz, in: *Mosse/Paucker* (wie Anm. 10), hier S. 376.

Es kann nicht verwundern, dass so auch aus der ganz und gar rein ‚katholischen Luft‘ des Zentrums judenfeindliche bzw. antisemitische Stimmen kamen⁷⁵. Ein württembergisches Antisemitenblatt frohlockte 1895 über *das Erstarken der juden-gegnerischen Strömung innerhalb des Centrums*. Es sei nur noch *eine Frage der Zeit, daß es das Bestehen einer Judenfrage ... offiziell anerkennt*⁷⁶. Zwei ganz und gar unterschiedliche Vertreter des württembergischen Zentrums seien hier betrachtet: Es wäre wohl übertrieben, Matthias Erzberger als ausgesprochenen Antisemiten zu bezeichnen. Fest steht jedoch, dass das große politische Talent des württembergischen Zentrums im Kampf gegen seine Gegner alles andere als wählerisch war. Seine judenfeindlichen Ausfälle und Handlungen beleuchten jedenfalls seine negativen Seiten überdeutlich. 1898, noch vor Beginn seiner parlamentarischen Karriere, publizierte er bösertige Angriffe gegen die Sozialdemokratie, der er vorwarf, *stark verjudet* zu sein. Zum Beweis nannte er eine Fülle jüdischer Spitzenpolitiker in Deutschland, Österreich und Ungarn und konstatierte ähnliche Verhältnisse auch in Frankreich, Belgien und Italien. Auch die sozialdemokratische Presse nicht nur in Deutschland galt dem Heißsporn als *nahezu vollständig verjudet*⁷⁷. In einer späteren Schrift konstatierte er einen *zunehmenden Einfluß* der Juden im Handel und den freien Berufen; *Reaktion* darauf sei der Antisemitismus. Diesen sah der Kämpfer für die katholische Sache jedoch nur *in ganz protestantischen Landesteilen* beheimatet, da der Katholizismus *weit toleranter* sei⁷⁸. Ein Aufsatz *Judentaufen* aus dem Jahr 1912 zeigt schließlich eine ambivalente Haltung des Vielschreibers. Während er – das alte Klischee – seinen Respekt für glaubenstreue Juden betonte, sah er eine Taufe aus Karrieregründen als verwerflich an. Er beschwor die Gefahr einer unterstellten jüdischen Dominanz in manchen Berufen sowie die der Einmischung der *jüdisch beherrschte[n] Presse* in innerkatholische Verhältnisse. Es liege so am Judentum, *jedem Konflikt vorzubeugen*⁷⁹. Entsprechende Initiativen Erzbergers im Reichstag oder dessen Umfeld müssen – zurückhaltend bewertet – als bösertige Demagogie gelten. 1912 sprach er vom *dominierenden Einfluß des Judentums im Reichstag* und betonte, kein Antisemit zu sein. Seine Schlussfolgerung, *wenn bei der Entscheidung* über nationale Lebens-

75 Vgl. dazu neben *Blaschke* auch *Jochmann* (wie Anm. 12), S. 398 f. – Zum württ. Zentrum als katholischem Gegenstück zur geschlossenen Welt der SPD vgl. *D. Blackburn: Class, Religion and Local Politics in Wilhelmine Germany. The Centre Party in Württemberg before 1914*, Wiesbaden 1980, S. 108 ff.

76 SR Nr. 22 v. 30. 8. 1895. Die „Reform“ bezog sich auf das Landesorgan des württ. Zentrums, das Deutsche Volksblatt, das immer wieder Attacken gegen die Juden oder die Volkspartei als ‚jüdische‘ Partei ritt. Vgl. auch *Hunt* (wie Anm. 7), S. 79, *Gawatz* (wie Anm. 16), S. 306.

77 Aus der Schrift *Christliche oder sozialdemokratische Gewerkschaften?*, zit. nach *K. Epstein: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie*, Berlin/Frankfurt 1962, S. 454. Es ist auffällig, dass *C. Leitzbach: Matthias Erzberger, ein kritischer Beobachter des Wilhelminischen Reiches 1895–1914* (Beiträge zur Kirchen- und Kulturgeschichte 7), Frankfurt a. Main 1998, der sich ausführlich auch mit dieser Schrift beschäftigt (S. 169 ff) gerade die antisemitische Passage ignoriert.

78 Die politischen Parteien und ihre Tätigkeit, 1907. Zit. nach *Leitzbach* (wie Anm. 77), S. 58.

79 Zit. nach ebd., S. 59.

fragen sich das jüdische Element in den Vordergrund dränge, eine antisemitische Hochflut drohe⁸⁰, führte diese Selbstabsolution jedoch ad absurdum.

Erzbergers Reichstagsinitiative vom Oktober 1916, das Personal der Kriegsgesellschaften nach dem Anteil der angeblich ganz und gar überrepräsentierten Juden – gemeint waren jüdische ‚Drückeberger‘ – zu untersuchen, stellt den Gipfel an ehrverletzender Bösartigkeit und schrankenlosem Opportunismus des selbsternannten Nichtantisemiten dar. Er wollte sich offenbar im Windschatten der fast gleichzeitig angeordneten, sogenannten Judenstatistik im Heer⁸¹ profilieren. Die Tragik dieses Handelns lag darin, dass Erzberger damit notorischen Antisemiten und Demokratiefindenden Argumente lieferte – jenen Kreisen, deren Opfer er selbst bald werden sollte.

Als Kontraperson zum schillernden Frontmann Erzberger sei ein Hinterbänkler aus der Landtagsfraktion des Zentrums, der Ravensburger Abgeordnete Theophil Egger (1829–1902), betrachtet. Der sich in und außerhalb der Kammer als Antisemit bekennende Egger mag als „typische[r] Vertreter des sich vernachlässigt fühlenden oberschwäbischen Raumes“⁸² gelten. Man könnte ihn aber auch als katholische Version eines Bauernbündlers bezeichnen⁸³. Hinterbänkler seines Zuschnitts fanden in der Zentrumsfraktion durchaus Gleichgesinnte. Nicht nur das „Deutsche Volksblatt“, sondern auch katholische Blätter wie etwa die Ellwanger „Ipf-Zeitung“ oder das „Waldseer Wochenblatt“ boten ihnen publizistische Möglichkeiten, gegen die Juden zu hetzen⁸⁴.

Blaschke schätzt den katholischen Antisemitismus in Württemberg als weniger „aufdringlich“ ein als im übrigen Süddeutschland und nennt als Begründung den dem Land ersparten Kulturkampf⁸⁵. Andererseits belegt der Annäherungsprozess, schließlich die Allianz von Zentrum und Bauernbund (mit den Konservativen) am Vorabend des Weltkrieges⁸⁶, wie vorbehalt- und problemlos das Zentrum mit erklärten und praktizierenden Antisemiten kooperierte.

80 Zit. nach Jochmann (wie Anm. 12), S. 470, Anm. 272.

81 Vgl. zum Vorangegangenen E. Zechlin: Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969, S. 525 ff.

82 So F. Raberg (Bearb.): Biographisches Handbuch der württembergischen Landtagsabgeordneten 1815–1933, Stuttgart 2001, S. 162, der sich vor allem auf Blackbourn (wie Anm. 75) stützt. Egger kritisierte etwa im Landtag, dass allzu viele am jüdischen Geldsack hingen und demzufolge Politik für die Großen gemacht werde. Nach FG Nr. 106 v. 10. 7. 1902.

83 Die Rolle des Bauernbundes wird noch behandelt.

84 Blackbourn (wie Anm. 75), S. 106.

85 Blaschke (wie Anm. 70), S. 131, 135.

86 Dazu Blackbourn (wie Anm. 75), S. 225 f u. passim, Müller (wie Anm. 7), S. 292.

Der (partei-)politische Antisemitismus in Württemberg

Antisemitenparteien

Nicht nur in Württemberg trat der Antisemitismus zu Beginn der 1890er Jahre in ein neues Stadium. Hatte dessen erste Welle im Königreich nur wenig Resonanz gefunden, so brachte die zweite Jahreshälfte 1890 das Erscheinen dezidiert antisemitischer Parteien. Im August wurde gemeldet, die *Thätigkeit der neuen antisemitischen Partei* schein *vorerst noch im Dunkeln* abzulaufen. Man werbe Mitglieder, die zwar nicht namentlich, aber durch Geldbeiträge für die Sache einträten; sie kämen insbesondere aus Kreisen kleinerer Kaufleute und Handwerker⁸⁷. Im Oktober berichtete ein anderes Blatt von der *kürzlich in undurchdringlichem Dunkel angeblich erfolgte[n] Gründung eines antisemitischen Vereins*⁸⁸, im November wurden Besuche des hessischen Reichstagsabgeordneten Böckel zur Gründung des *Schwäbischen Bauernvereins* angekündigt⁸⁹. Böckel, einer der führenden Antisemiten Deutschlands und als „hessischer Bauernkönig“ bezeichnet, war 1887 in den Reichstag gewählt worden. Von ihm initiierte Bauern- und Handwerkervereine stellten in Oberhessen die Rekrutierungsbasis für seine kleinbürgerlichen Wähler dar⁹⁰.

Erst Anfang 1891 trat der „Deutschsoziale antisemitische Verein“ mit einer Versammlung in Stuttgart an die Öffentlichkeit. Dort wettete ein Redakteur Güttinger gegen die angeblich die deutsche Presse beherrschenden Juden, während der Vorstand Welcker eine böartige Charakteristik des Judentums lieferte: Die Vielzahl von Prozessen in Wucher-, Bankrott- und Urkundenfälschungssachen bezeugten dessen Geschäftsgebaren ebenso wie die ausbeuterischen Bankiers. Für Welcker verfolgten nicht die Antisemiten die Juden sondern umgekehrt: *Sie sind die Angreifer, wir die Verteidiger*⁹¹. Einige Tage später wurde über gut besuchte Versammlungen in Münchingen und Kornwestheim berichtet und weitere Veranstaltungen angekündigt⁹². Man suchte also Anhänger sowohl in den Städten als auch auf dem Land.

Mitte April konnte die Partei dann in einer überaus gut besuchten Versammlung in Stuttgart ihr ‚Zugpferd‘ Böckel präsentieren. Der reichsweit bekannte Agitator gab sich staatsmännisch: Man wolle weder *Judenhetze* noch *Gewaltanwendung* und auch nicht am jüdischen Glauben *rühren*, sondern allein jüdische *Ausbeutung* insbesondere des christlichen Mittelstandes bekämpfen. Er kritisierte für den Handel ruinöse Ausverkäufe und Abzahlungsgeschäfte sowie eine skandalöse Praxis der

87 RP Nr.192 v.19.8.1890.

88 Bericht des Beobachters v. 11.10.1890, zit. nach RP Nr. 239 v. 12.10.1890.

89 RP Nr. 264 v. 11.11.1890. Berichte über solche Versammlungen wurden nicht ermittelt.

90 Zu Böckel und den sektenähnlichen, sich vereinigenden und wieder trennenden antisemitischen Gruppierungen vgl. *D. Fricke*: Antisemitische Parteien 1879–1894, in: *Ders.* (wie Anm. 46), Bd. 1, S. 77–88, auch *Hamel* (wie Anm. 32), S. 38 ff.

91 RP Nr. 6 v. 9.1.1891.

92 RP Nr. 13 v. 17.1.1891.

Konkursmacherei, die mit *Deportation bestraft* gehöre. Geschickt stellte Böckel mittelständische bzw. kleingewerbliche Interessen in den Vordergrund und beschwor *Gerechtigkeit und Freiheit des Vaterlandes* als Ziele. Die betont vaterländisch inszenierte Versammlung endete mit *jubelnde[m] Beifall*⁹³. Ein anderes Blatt sprach einerseits von *frenetischer* Zustimmung, andererseits von *ironischem Beifall*, da auch Israeliten und Sozialdemokraten anwesend waren⁹⁴. Einige Tage später wurde berichtet, der Stuttgarter Pferdemarkt sei nur von wenigen jüdischen Händlern besucht worden – als Reaktion auf die Genehmigung der Antisemitenversammlung⁹⁵.

In der zweiten Jahreshälfte nahm die neue Bewegung einen überraschenden Verlauf. Die Presse im Land berichtete, die judenfeindliche Agitation der „Ulmer Schnellpost“ habe *derartige Dimensionen angenommen*, dass Bürgerausschuss und Gemeinderat ihre *Mißbilligung* ausgesprochen hätten. In einer Resolution des Bürgerausschusses wurde die Befürchtung geäußert, die Agitation könne *die Gesamtheit der jüdischen Einwohner der öffentlichen Mißachtung preisgeben*⁹⁶. Die jüngste Geschichte der Traditionszeitung, die in rascher Folge vom nationalliberalen ins katholische Lager gewechselt war, sich den Demokraten andiente und schließlich als parteilos firmierte⁹⁷, zeigt, dass das Blatt in den Händen eines politischen wie kaufmännischen Wirtkopfes lag. Dieser, der Verleger Eugen Nübling, der seine nationalliberale Konkurrenz, das „Ulmer Tagblatt“, als *das hiesige Judenblatt* diffamierte⁹⁸, hatte erneut die Seiten gewechselt: Anfang November wurde gemeldet, die „Schnellpost“ sei nunmehr das offizielle Organ der Württembergischen Deutschsozialen antisemitischen Partei und des Schwäbischen Bauernvereins. Als Käufer wurde der *bekannte ... Antisemit Welcker* genannt; der Kaufpreis habe 60.000 Mark betragen und sei durch Beiträge von unterschiedlicher Seite, u. a. durch einen *namhaften* Betrag eines württembergischen Großbauern, aufgebracht worden⁹⁹.

Bemerkenswert war ein kurzer Hintergrundbericht in einem Provinzblatt: Auslöser der antisemitischen *Schwenkung* der „Schnellpost“ sei der Aufsehen erregende Prozess gegen den jüdischen Handelsmann Moses Samuel Nathan aus Laupheim gewesen, der im Sommer 1891 vor dem Ulmer Landgericht wegen Steuerhinterziehung verurteilt wurde. Gerüchteweise habe er sich anschließend *seines Vermögens*

93 RP Nr. 86 v. 15. 4. 1891.

94 KB Nr. 46 v. 16. 4. 1891.

95 KB Nr. 49 v. 34. 4. 1891.

96 RP Nr. 211 u. 212 v. 10. u. 11. 9. 1891. Ähnlich z. B. auch FG Nr. 109 v. 12. 9. 1891.

97 So der KB Nr. 32 v. 15. 3. 1890.

98 KB Nr. 129 v. 27. 10. 1891. Vgl. zu Nübling auch *Raberg* (wie Anm. 82), S. 620f.

99 RP 261 v. 10. 11. 1891, FG Nr. 133 v. 7. 11. 1891.

entäußert, um die Strafe nicht zahlen zu müssen¹⁰⁰. Auch wenn am kriminellen Handeln Nathans kein Zweifel besteht, mag sein Fall allenfalls auslösender Funke für Nübling gewesen sein. Sein Blatt kannte offenbar keine Moral und bauschte etwa einen Mordfall zum Ritual-Mord-Vorwurf gegen die Juden auf¹⁰¹. Hier war die Prädisposition für die typische und perverse Haltung der Antisemiten vorgegeben: Man dramatisierte jüdische Verbrechen oder Vergehen; christliche Delikte wurden bestenfalls kommentarlos gemeldet.

Der „verbummelte Student“ Viktor Hugo Welcker war zeitweilig in Ulm ansässig; dort sei ihm die „jeunesse dorée nachgelaufen“¹⁰². Er schrieb für antisemitische Zeitungen auch in Baden und Sachsen und war „Anführer der antisemitischen Agitation im (badischen) Kraichgau“¹⁰³. Wohl 1893 verschwand er jedoch plötzlich aus Württemberg. Die von ihm auch in der „Schnellpost“ so malträtierten Ulmer Juden hatten erfahren, dass er wegen Unterschlagung aus seiner studentischen Verbindung ausgeschlossen worden war. Sie drohten mit Bekanntgabe, wenn er Ulm nicht unverzüglich verlasse. Nach diesem Abgang begann er eine neue Karriere – als Angestellter in einem jüdischen Geschäft in Breslau¹⁰⁴.

Vorerst spielte Welcker jedoch die Rolle des württembergischen Antisemitenführers. Während des Parteitags der Böckel'schen Antisemitischen Volkspartei Ende Mai 1891 in Magdeburg trat er in deren Spitzengremium ein und berichtete dem Parteitag, die Stuttgarter Parteigruppe zähle inzwischen 270 Mitglieder, der Schwäbische Bauernverein als Parallelorganisation umfasse 42 Ortsgruppen mit 2.400 Mitgliedern. Zudem seien nach dem Vorbild Böckels sieben Darlehens- und vier Viehversicherungskassen entstanden¹⁰⁵.

Der Bauernverein hielt im August 1892 seine erste, gut besuchte Versammlung in Tomerdingen ab. Welcker warb dort für eine Allianz von Bauern und Handwerkern, die als Säulen des Mittelstandes bedroht seien, *zwischen* eng kooperierender *internationaler Sozialdemokratie und internationalem Börsenjudentum* zerrieben zu werden. Die *brennende Handwerker- und Bauernfrage* werde nicht von den etablierten Parteien gelöst. Nur die eigene Partei mit ihrem *Glied*, dem Schwäbi-

100 KB v. 8. 11. 1891 (Sonntagsblatt). Das Gaildorfer Blatt, obwohl in einem Bezirk ohne jüdische Einwohner erscheinend, sympathisierte in jenen Jahren mit den Antisemiten. Es kolportierte entsprechende Meldungen, berichtete ausführlich über antisemitische Versammlungen und kommentierte in eigener Regie vielfach Ereignisse im Sinne der Antisemiten. Den Nathan-Prozess hatte die katholische *Volkszeitung* als Bestätigung dafür kommentiert, dass Leute wie dieser nichts anderes als *Blutsauger ... der bauerlichen Bevölkerung* seien. Bäuerliche Zeugen hätten gezeigt, dass Beziehungen *mit solchen Leuten* zum Ruin führten. Zit. nach FG Nr. 83 v. 14. 7. 1891.

101 Vgl. den schon erwähnten Lebensbericht Hirsch bei *Richarz* (wie Anm. 19), hier S. 287.

102 Ebd., hier S. 287f.

103 *Smith* (wie Anm. 49), S. 282.

104 *Richarz* (wie Anm. 19), hier S. 288. *Smith* berichtet ohne Datenangabe von einer Tätigkeit Welckers bei den liberalen Münchener Neuesten Nachrichten: *Smith* (wie Anm. 49), S. 283.

105 *H. C. Gerlach*: Agitation und parlamentarische Wirksamkeit der deutschen Antisemitenparteien 1873–1895, masch. Diss., Kiel 1956, S. 79 ff.

schen Bauernverein, wolle und werde *den Riesenkampf um Sein oder Nichtsein des Mittelstandes* aufnehmen¹⁰⁶.

Der antisemitische Feldzug in Württemberg wurde mit allen Mitteln fortgesetzt. Bei der „Schnellpost“ war mit dem Redakteur Hans Kleemann, bezeichnenderweise ein früherer evangelischer Theologe, ein weiterer Scharfmacher auf den Plan getreten. Er hatte in einer Artikelserie über den Talmud ungeheure Verleumdungen gegen das Judentum (*eine sittlich sehr tiefstehende Menschenrasse*) publiziert und war daraufhin angeklagt worden. Der Prozess vor dem Ulmer Schwurgericht, von einem großen Publikum verfolgt, endete mit einem skandalösen Freispruch. Kleemann behauptete, lediglich den Talmud, nicht aber die jüdische Religion bekämpft zu haben¹⁰⁷. Die Juden Ulms hatten sich zudem hilfeschend an die württembergische Regierung gewandt und gebeten, sie vor den bössartigen Angriffen der „Schnellpost“ zu schützen. Es kann nicht verwundern, dass das Justizministerium sich weigerte, hier einzugreifen¹⁰⁸, lag die Entscheidung doch bei Minister Faber, der – wie schon erwähnt – dem jüdischen Juristen Hirsch die Aufnahme in den Staatsdienst verweigert hatte.

Am 30. Oktober 1892 hielten die württembergischen Antisemiten ihren ersten, nur Mitgliedern und Eingeladenen zugänglichen Parteitag in Esslingen ab, der zugleich auch als solcher des Schwäbischen Bauernvereins diente¹⁰⁹. Nach der Begrüßung der aus *Nah und Fern* Angereisten durch Welcker sprach Böckel. Seine Zielgruppe war wiederum der handwerkliche und bäuerliche Mittelstand, als dessen Protektor er die Partei empfahl. Es gelte, gegen die *Krankheit des Liberalismus* anzugehen, eine Änderung der zersetzenden *mammonistisch-jüdischen Weltanschauung*, dem *Erzeugnis ... alles in [den] Schmutz* ziehender jüdischer *Journalisten und Literaten*, herbeizuführen. Böckel pries seine in Hessen praktizierte Schaffung von Bauernvereinen und warnte, *die infolge jüdischer Umtriebe ruinerten Bauernfamilien* könnten in das Lager der umsturzfixierten Sozialdemokratie abwandern. Die offenbar von Euphorie getragene Versammlung sah die Partei im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen auf *gute[m] Boden*¹¹⁰. Die Antisemiten blieben bemüht, neben ihren Hochburgen Ulm und Stuttgart/Esslingen auch im übrigen Land Fuß zu fassen. Eine Versammlung in Biberach benutzte Welcker etwa als Bühne, um für den Kampf des *christlichen Idealismus* gegen den *semistischen Materialismus* zu werben. Geschickt agitierte er gegen die jüdische Ge-

106 KB Nr. 96 v. 13. 8. 1892. Welckers Phrasen sind die Vorwegnahme der Ideologie des 1893 gegründeten BdL/Bauernbund, auf dessen Rolle noch eingegangen wird.

107 RP Nr. 241 v. 14. 10. 1892. Robert Hirsch (*Richarz* (wie Anm. 19), hier S. 287f) berichtet über den beeindruckenden Auftritt des Stuttgarter Rabbiners v. Wassermann als Zeuge.

108 HStAS E 130a, Bü 406, KB Nr. 5 v. 14. 1. 1893.

109 Schwäbische Rundschau, Esslingen, Nr. 254 v. 29. 10. 1892.

110 KB Nr. 131 u. 132 v. 3.u.5. 11. 1892. Dem euphorischen Bericht des Gaildorfer Blattes, das auch fünf Gaildorfer Versammlungsbesucher erwähnt, steht in nüchterner Kurzbericht der der Esslinger Rundschau (Nr. 256 v. 1. 11. 92) gegenüber.

schäftspraxis, die sowohl Kaufleute als auch Handwerker bedrohe und erklärte Solidarität mit den Bestrebungen des Schutzvereins für Handel und Gewerbe¹¹¹. Die Reichstagswahlen des Jahres 1893 sollten den reichsweiten Höhepunkt des Partei-Antisemitismus bringen. Die Chancen in Württemberg schienen ebenfalls günstig, meldete doch ein Berliner Blatt dessen *reißende Fortschritte* im Königreich; im *schwäbischen Oberland* scheine der Bewegung *allmählich alles zuzufallen*. Als Beleg wurde der langjährige deutschparteiliche Landtagsabgeordnete Haug aus Langenau aufgeführt, der seine Partei verlassen habe, *weil er auf dem antisemitischen Standpunkt steht*. Auch der Besigheimer Abgeordnete Essich sei *antisemitisch gesinnt*¹¹². Während einer Stuttgarter Versammlung sprach der dortige Vorsitzende, Privatier Meyer, über Organisationsfragen, Welcker behandelte im Hinblick auf die Wahlen die Reichspolitik¹¹³. Im Mai wurden dann die Reichstagskandidaten nominiert: Im Wahlkreis Stuttgart kandidierte Nübling, im 5. Wahlkreis (Esslingen) der Landwirt Lang aus Oberensingen¹¹⁴. Während Lang seine Kandidatur jedoch wieder zurückzog (*die Anforderungen der ... Wahlagitation würden die Kräfte des einzelnen Mannes übersteigen*)¹¹⁵, nominierten Handwerker und Kaufleute aus Mergentheim Nübling kurzfristig noch als Zählkandidaten¹¹⁶.

Dieser hielt mehrere Versammlungen, auf denen er vor allem mit Mittelstandsargumenten warb. Es gelte, *mit dem Manchestertum der sog. liberalen Parteien zu brechen*, den *unehrlichen Wettbewerb* in Form von Schleuder- und Abzahlungsgeeschäften, Wanderlagern und Ausverkäufen zu bekämpfen, schließlich die Landwirtschaft per Gesetz *gegen alle Ausbeutung durch Wucher und Güterschlächtere*i zu schützen¹¹⁷. In einer Versammlung suchte Nübling die Unterstützung des Schutzvereins für Handel und Gewerbe. Nach seinem Vortrag bat der Stuttgarter Parteivorsitzende Meyer um die Stellungnahme des Bundes zum Wirtschaftsprogramm wie zur Antisemitenfragen. Die Antwort war enttäuschend: Während man dem Wirtschaftsprogramm weitgehend zustimme, müsse man *die prinzipielle Bekämpfung aller Juden* ablehnen, gebe es doch dort wie bei den Christen schlechte Menschen, aber auch solche, deren *Gesinnung und Charakter unantastbar* sei.

111 RP Nr. 255 v. 30. 10. 1892.

112 Nach dem Bericht im KB Nr. 12 v. 31. 1. 1893. Der Fall Essich war besonders pikant: Dieser hatte im Wahlkampf gegen den Demokraten (und Rechtsanwalt) Payer mit einem Bild-Flugblatt geworben, auf dem ein Jude das letzte Stück Vieh eines Bauern abführte, das gleichzeitig von einem Rechtsanwalt gemolken wurde. [Abb. bei *Gawatz* (wie Anm. 16), Umschlag-Innenseiten]. Später stellte sich heraus, dass der Innenminister die Wahlkosten Essichs bezahlt hatte. *G. Bradler* (Bearb.): *Friedrich Payer (1847–1931). Autobiographische Aufzeichnungen und Dokumente*, Göppingen 1974, S. 176.

113 RP Nr. 27 v. 2. 2. 1893.

114 RP Nr. 117 v. 21. 5. 1893.

115 RP Nr. 129 v. 6. 6. 1893.

116 RP Nr. 135 v. 13. 6. 1893.

117 RP Nr. 131 v. 8. 6. 1893.

Meyer erklärte darauf, als Antisemiten müssten sie *zu allererst auf der Lösung der Judenfrage bestehen* und daher ihren Weg allein fortsetzen¹¹⁸.

Im Gegensatz zur allgemeinen Entwicklung – im Reichstag war nun mit 16 antisemitischen Abgeordneten deren nie wieder erreichte Höchstzahl vertreten – waren die Ergebnisse für Nübling enttäuschend. Mit ca. 460 Stimmen war er in Stuttgart Letztplatziertes¹¹⁹, im Mergentheimer Wahlkreis hatte nur eine Handvoll Wähler für ihn votiert. So nimmt es nicht wunder, dass die Bewegung in Württemberg bereits Anzeichen eines Niedergangs erkennen ließ. Mit Welcker war der dynamische Vorsitzende abhanden gekommen, gleichzeitig auch die Ära des politischen Zugpferdes Böckel beendet. Bei den spärlichen Stuttgarter Veranstaltungen trat etwa der dortige Vorsitzende Paul Meyer mehr in den Vordergrund¹²⁰.

Weitere Veranstaltungen spiegeln unklare Verhältnisse. Bei einem Auftritt des „Schnellpost“-Redakteurs Kleemann in Biberach wurde sein Forum – unübersichtliche Verhältnisse auf Reichsebene reflektierend – als Antisemitische Reformpartei bezeichnet¹²¹. Unter alter Flagge (Deutschnationale antisemitische Partei) segelte dagegen eine Stuttgarter Versammlung. Hier trat eine andere antisemitische Symbolfigur, Böckels rechter Gegenspieler, der Reichstagsabgeordnete Liebermann von Sonnenberg, auf. Er gab sich optimistisch und verglich die Bewegung mit einem zum *Strom* werdenden *Gießbach*. Obwohl – im Gegensatz zu Böckel – keineswegs an einer Änderung des sozialen status quo interessiert, sprach er über die Not des Mittelstandes für die er – natürlich – Sozialdemokratie und Juden verantwortlich machte. Da er gegen jüdische und sozialdemokratische Zwischenrufe anzukämpfen hatte, kommentierte der parteiische Berichterstatte, die SPD werde *immer mehr zu einer zweiten ‚Judenschutztruppe‘*¹²².

Im Frühjahr 1894 fand die Frage des Landesvorsitzes eine überraschende Lösung: Der Vorsitzende der badischen Antisemiten, der Arzt Dr. Rudolph Vogel, übernahm dieses Amt auch in Württemberg¹²³. Damit wurde die schmale personelle Basis der Partei deutlich. Unter seiner Leitung fanden im Frühjahr 1894 zwei Veranstaltungen mit einem Redner aus dem zweiten Glied, dem nordhessischen Reichstagsabgeordneten und antisemitischen Schriftsteller Hans Leuß, statt. In Biberach die Lage des Mittel- und Bauernstandes behandelnd, wettete er über das Elend der von jüdischen Wucherern ausgesaugten Landleute mit *haarsträuben-*

118 KB Nr. 69 v. 17. 6. 1893.

119 RP Nr. 142 v. 21. 6. 1893.

120 Vgl. z. B. RP Nr. 235 v. 8. 10. 1893.

121 RP Nr. 257 v. 3. 11. 1893.

122 RP Nr. 298 v. 21. 12. 1893. Als erste ‚Schutztruppe‘ galten für Konservative wie Antisemiten die Linksliberalen.

123 Kurznotiz in der RP Nr. 82 v. 10. 4. 1894 ohne Hintergrundinformation. S. P. Wolf: Für Deutschtum, Thron und Altar: die Deutsch-Soziale Reformpartei in Baden (1890–1907), Karlsruhe 1995, S. 36, bezeichnet ihn fälschlich als zweiten Vorsitzende.

d[en] Beispielen aus Hessen¹²⁴. Unter anderem Titel (*Die Juden, die Könige unserer Zeit*), vertrat Leuß einen Tag später in Stuttgart ähnliche Thesen¹²⁵.

Während die Presseberichte nur selten Einblicke in das Innenleben der Partei gewährten, verriet eine Kurzmeldung über die Einladung zum zweiten Parteitag *schwere innere Kämpfe* seit 1892. Erst die Wahl Vogels habe die *Stellung ... wieder gefestigt*¹²⁶. Der Parteitag, verbunden mit einem Treffen des – nicht greifbaren – Landesausschusses, fand am 1. Juli wiederum in Esslingen statt. Vogel bezeichnete die Bewegung als *Notschrei des deutschen Gewissens*, den Liberalismus dagegen als *undeutsche Weltanschauung*, griff die SPD an und glorifizierte die Familie und den Mittelstand. Er kündigte schließlich eine antisemitische *Volksrundschau* an¹²⁷.

Wiederum – wie der Parteitag – als Deutschnationale präsentierten die Antisemiten Mitte Oktober einen Abgeordneten aus Chemnitz, der die bemerkenswerte Aussage machte, man bekämpfe nicht nur *Semiten von Geburt*, sondern alle, die Christen ausbeuteten¹²⁸. Einige Tage später wurde aus Stuttgart berichtet, Paul Meyer habe für die „Reformpartei“ Räumlichkeiten gemietet, ohne den Charakter der Versammlung zu erwähnen. Nachdem der Hotelbesitzer seine Gäste als Antisemiten erkannt hatte, verwies er die Beleidigten seines Hauses¹²⁹. Meyer leitete im Frühjahr 1895 auch eine Stuttgarter Versammlung mit einem prominenten Antisemiten der ersten Stunde, dem Reichstagsabgeordneten Paul Förster, der über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs sprach. Der konservative Berichterstatler charakterisierte die Rede als *sehr scharfe Kritik* am Geschäftsgebaren eines Teils der jüdischen Handelswelt¹³⁰.

Die Entwicklung auf Reichsebene – Anfang Oktober 1894 hatten sich die konkurrierenden Antisemiten zur Deutschsozialen Reformpartei zusammengeschlossen¹³¹, – machte sich im Frühjahr 1895 auch in Württemberg bemerkbar. Am 15. März erschien in Stuttgart die Probenummer einer neuen Wochenschrift für nationale Politik und wirtschaftliche Reform, die „Schwäbische Reform“. Als Herausgeber und Redakteur fungierte ein junger Mann aus Künzelsau, Fritz Bösenberg, der sich bereits in Baden als antisemitischer Agitator hervorgetan hatte und

124 RP Nr. 123 v. 30. 5. 1894. Diese Rhetorik ist in der apologetischen Darstellung *Zmarzliks* (wie Anm. 19), S. 254 zu finden: Die Wähler der Antisemiten von 1893 hatten für ihn „den Würgegriff jüdischer Viehhändler, Gutsaufkäufer, Kreditgeber ... im Blick“.

125 RP Nr. 122 v. 29. 5. 1894.

126 KB Nr. 73 v. 26. 6. 1894. Ein Teil dieser Kämpfe, so ist zu vermuten, hingen mit dem Abgang Welckers zusammen.

127 RP Nr. 153 v. 4. 7. 1894.

128 FG Nr. 164 v. 21. 10. 1894.

129 KB Nr. 125 v. 25. 10. 1894.

130 RP Nr. 64 v. 16. 3. 1895.

131 *Fricke* (wie Anm. 89), hier S. 86. Dies bedeutete den Sieg der konservativen Richtung (L. v. Sonnenberg) gegen den ‚linken‘ Böckel, der ausschied, um mit dem ‚Radauantisemiten‘ Ahlwardt in der Antisemitischen Volkspartei zusammenzugehen.

zum Dunstkreis Vogels gehörte¹³². Die Selbstvorstellung des Blattes enthielt keinen einzigen neuen Gedanken. Man sei *unabhängig* gegenüber allen Parteien, plädiere für eine *ernste nationale Politik* und sehe als *wichtigste Aufgabe* die Interessenvertretung des gewerblichen und bäuerlichen Mittelstandes. Als Feindbild wurden *Judentum und liberale Gesetzgebung* bezeichnet und staatsmännisch betont, dass man für einen *sportsmäßigen Antisemitismus, nutzloses Schimpfen ... und Witzereien* nicht zu haben sei, vielmehr *jüdische Schmutzkonkurrenz..., Ausbeutung und Wucher* bekämpfe¹³³.

Die ersten Nummern etablierten einen Stil, den das Blatt dann beibehielt: Polemische Berichte zur Reichspolitik, Landesnachrichten mit antisemitischen Aspekten und nicht zuletzt Hiebe gegen die politischen Gegner, d. h. insbesondere die linksliberale Volkspartei und die SPD. War die Volkspartei eine solche für *Juden und Rechtsanwälte*¹³⁴, so stellte die SPD das *Judenviertel des Reichstags* dar¹³⁵. Man beklagte etwa die weitere *Verjudung* der Tübinger Strasse in Stuttgart oder wusste von einem jüdischen Geheimgesetz (Schulchan Aruch) zu berichten, nach dem nur der Jude für den Juden Mitmensch, alle übrigen Völker dagegen *Tiere* zum Arbeitseinsatz seien¹³⁶.

Im Juli kündigte das Blatt die Gründung einer „Schwäbischen Reformpartei“ *auf streng nationaler, christlicher und monarchischer Grundlage* an. Sie verstehe sich als Mittelstandsbewegung und wolle an die Erfolge im Reich anknüpfen. Den bestehenden Deutschnationalen bestätigte man gleiche Ziele, aber auch mangelnden Erfolg. Man wolle der wachsenden Sozialdemokratie entgegentreten und gleichzeitig die *Fürsorge für den vierten Stand* als Hauptaufgabe betrachten. Die *Scheu* vor den *zur Knechtung der Nichtjuden* angetretenen Juden müsse aufhören, deren Einfluss (*aussaugend, entnervend, verderbend, entchristlichend*) gelte es als Vorbedingung einer deutschen *Erneuerung und Wiedergeburt* abzustellen. Vorträge Försters wurden ebenso wie die endgültige Parteibildung angekündigt¹³⁷.

Die Reformpartei und die Deutschnationalen Antisemiten luden nun bemerkenswerterweise gemeinsam zu zwei Vorträgen Försters in Stuttgart ein; für erstere unterzeichnete Bösenberg, für die alte Partei Paul Meyer¹³⁸. Förster stilisierte die *Judenfrage* zur *Kulturfrage*, zum *Ring des deutschen Volkes um sein Bestehen* und wollte nicht *Neid*, sondern *edle[n] Zorn und Leidenschaft* am Werke sehen¹³⁹.

132 Wolf (wie Anm. 123), passim.

133 SR v. 15. 3. 1895 (Probe-Nr.).

134 SR Nr. 3. v. 19. 4. 1895.

135 SR Nr. 4 v. 26. 4. 1895.

136 SR Nr. 7 v. 17. 5. 1895.

137 SR Nr. 16 v. 19. 7. 1895. Dass der Kocherbote (Nr. 87 v. 25. 7. 1895) das ganze Programm veröffentlichte, mag als Indiz für den Antisemitismus in der Provinz gewertet werden. Das Blatt frohlockte zudem über einen in Gaillardot geplanten Vortrag und sagte *großes Interesse* voraus: Nr. 90 v. 1. 8. 1895.

138 RP Nr. 171 v. 24. 7., Nr. 178 v. 1. 8. 1895.

139 RP Nr. 176 v. 30. 7. 1895.

Neben Stuttgart trat Förster im Verein mit Bösenberg noch in Heilbronn, Ludwigsburg, Biberach, Esslingen und Gaildorf auf¹⁴⁰. Die Gaildorfer Versammlung vor *äußerst zahlreiche[m]* Publikum machte auf die „Reform“ *den besten Eindruck*. Bösenberg führte dort zur Untermauerung der angeblichen *fortschreitende[n] Verjudung* Württembergs Beispiele aus seiner Heimat Künzelsau an¹⁴¹. Waren schon in Ludwigsburg Sozialdemokraten und Juden als Kritiker aufgetreten¹⁴², so erlebten die Agitatoren in Heilbronn ein Waterloo. Nach der „Reform“ wurde der Vortrag von ... *Juden und deren roter Schutztruppe* durch Lärm und Beleidigungen so gestört, dass er abgebrochen werden musste. Man hegte die Hoffnung, die *Scandal-scenen* würden der Partei bei *rechlich Denkenden ... Sympathien verschaffen*¹⁴³. Tatsächlich kritisierte ein „Reichspost“-Leser das *Einvernehmen* zwischen Juden und Sozialdemokraten und war sicher, die *Radaumacher* hätten *beredter für die Berechtigung des Antisemitismus* gewirkt als ... *zehn bestellte Reiseprediger*¹⁴⁴. Das nationalliberale „Haller Tagblatt“ berichtete dagegen lakonisch, aus der Antisemiten-Versammlung sei eine sozialistische geworden. Nachdem Förster und Bösenberg gegangen waren, sprach der jüdische Bankier Gumbel. Er würde verstehen, wenn die Antisemiten gegen *schlechte Juden* kämpften. Sie führten jedoch *Krieg gegen Gerechte und Ungerechte*. Gelten dürfe allein das Motto: *Kampf gegen alle Ausbeuter; jüdische und christliche*¹⁴⁵.

Die Abfuhr in Heilbronn läutete bereits das Ende der Antisemiten-Parteien in Württemberg ein. Ohne jeden erklärenden Hinweis stellte die „Reform“ Ende September ihr Erscheinen ein¹⁴⁶. Das Blatt verabschiedete sich mit einem langen und bösartigen Aufruf gegen die *Verjudung unserer Zeit*, der alle Register der Volksverhetzung zog: *Jeder anständige Mensch ist Antisemit; es gelte zu kämpfen oder unterzugehen*. Im Kontrast dazu stand das Versprechen an potentielle Mitglieder, deren Verzeichnisse würden geheim geführt¹⁴⁷.

Im Oktober 1895, also unmittelbar nach dem Ende der „Reform“, schlossen sich die deutschnationalen Antisemiten Württembergs der Reformpartei an¹⁴⁸. Der Vorsitz fiel an den Ökonomen Schmid aus Ludwigsburg, Bösenberg wurde Schriftfüh-

140 SR Nr. 18 u. 19 v. 2. u. 9. 8. 1895.

141 SR Nr. 19. Bemerkenswerterweise berichtete das Lokalblatt nicht über diese Veranstaltung. Dem ansonsten Antisemiten-freundlichen Organ war möglicherweise die ‚Front‘ zu nahe.

142 SR Nr. 19 v. 9. 8. 1895.

143 SR Nr. 18 v. 2. 8. 1895. Einer für Crailsheim geplanten Versammlung wurde vom Wirt das Lokal verweigert. Kommentar der *Reform*: *Juda* solle nicht *frohlocken*, man käme wieder (ebd.).

144 Nr. 181 v. 5. 8. 1895. Das Blatt selbst kritisierte ebenfalls den Verlauf sowie die Rolle des demokratischen Lokalblatts und sah Philosemitismus am Werk.

145 Nr. 180 v. 3. 8. 1895.

146 Jedenfalls endet der Bestand der Stuttgarter Landesbibliothek mit der Nr. 26 v. 27. 9. 1895. Ein unklarer Vermerk suggeriert ein (nicht zutreffendes) Weiter-Erscheinen in Heidelberg.

147 SR Nr. 26 v. 27. 9. 1895. Als Antwort auf den Aufruf stellte der Israelitische Oberkirchenrat Strafantrag gegen das Blatt: FG Nr. 164 v. 17. 10. 1895.

148 Wolf (wie Anm. 123), S. 36. Seine Quelle ist das badische Antisemitenblatt.

rer¹⁴⁹. Am 1. Dezember fand dann ein Parteitag in Stuttgart statt¹⁵⁰. Als wohl eine der letzten Aktivitäten der Reformpartei darf eine Petition Bösenbergs an den Landtag gelten, die um die Übersetzung der bereits genannten, angeblich christenfeindlichen Talmud-Schrift ‚Schulchan Aruch‘ auf Staatskosten bat¹⁵¹. Wie etwa auch in Baden wurde das Gesuch als *unnötig* abgelehnt¹⁵².

Ein offenbar letzter Existenzhinweis war die Meldung über die Vereinigung der Reformpartei mit den Antisemiten Badens, die zuvor bereits mit ihren Gesinnungsgenossen in der Pfalz und Elsass-Lothringen fusioniert hatten, den eigenen Untergang jedoch ebenfalls nicht aufhalten konnten¹⁵³.

Obwohl die antisemitischen Parteien in Württemberg nur kurzlebig waren, markiert ihr Verschwinden keineswegs das Ende des Antisemitismus im Königreich – im Gegenteil. Sie hatten eine Vorreiterfunktion erfüllt, indem sie ihre Ideologie hinterließen, d. h. das Bewusstsein für die behauptete Existenz einer Judenfrage. Nachfolger waren bereits vorhanden. Diese hatten den immensen Vorteil, nicht mehr länger als Sektierer in einer politischen ‚Schmuddelecke‘ zu operieren. Sie wirkten im Mantel der Respektabilität – und sie sollten den Antisemitismus in Württemberg auf Dauer und unübersehbar etablieren.

Der Bund der Landwirte/Bauernbund und die Konservativen als neue Träger des Antisemitismus in Württemberg

Die personelle und ideologische Kontinuität mit den alten Parteiantisemiten verkörpern in Württemberg vor allem der Bund der Landwirte (BdL) sowie die ihm ideologisch verwandten Konservativen. Der 1893 unter Federführung reaktionärer ostelbischer Junker gegründete BdL – die großagrarische Antwort auf die industriefreundlichen Handelsverträge der Regierung Caprivi – fasste auch in Württemberg schnell Fuß. Hier meist als Bauernbund bezeichnet, wurde der BdL zur politischen Heimat der Bevölkerungsmehrheit in den agrarisch geprägten evangelischen Gebieten Württembergs. Glänzend organisiert, stellten die Bündler nach den Landtagswahlen von 1912 20 (darunter ein Konservativer) von insgesamt 92 Mandaten sowie zwei Reichstagsabgeordnete und waren zur formidablen politi-

149 Ebd. S. 36.

150 FG Nr. 189 v. 30. 11. 1895 (ohne Bericht). Die Presse schien davon keine Notiz zu nehmen. *Genuinität* (wie Anm. 6), S. 15, erwähnt die Reformpartei nur mit einem Satz.

151 KB Nr. 4 v. 11. 1. 1896. Die für die Juden weitgehend bedeutungslose Schrift war Zielscheibe von Antisemiten aller Art. So wusste die Reichspost in einem polemischen Artikel von einer derartigen konservativen Reichstags-Initiative als Akt des *berechtigten Antisemitismus* zu berichten: Nr. 79 v. 6. 4. 1894.

152 FG Nr. Nr. 81 v. 25. 5. 1897.

153 *Wolff* (wie Anm. 123), S. 36. Dessen Quelle ist das badische Antisemitenblatt, das über einen außerordentlichen Parteitag am 6. 3. 1898 in Stuttgart berichtet.

schen Bewegung, zugleich zur Bedrohung der beiden liberalen Parteien geworden¹⁵⁴.

Im Raum Ulm wurde die personelle und organisatorische Verbindung zwischen Parteiantisemiten und Bauernbund, zu denen sich noch eine kurzlebige Wirtschaftspartei gesellte, besonders deutlich. So trat der „Schnellpost“-Redakteur Kleemann ganz selbstverständlich schon 1893 auch als Redner bei Versammlungen des Bauernbundes auf. 1895 treten in der unter Geburtshilfe des Bauernbundes in Ulm gegründeten Wirtschaftspartei die Antisemiten Kleemann und Nübling in traurem Verein mit Bauernbundsfunctionären (Schmid, Stadtpfleger Haug) auf; die „Schnellpost“ galt sogar als *Organ der Wirtschaftspartei*¹⁵⁵.

Zum Schlingerkurs des Blattes gehörte dessen erneuter Wechsel ins Lager des Bauernbundes 1896¹⁵⁶, nachdem die Felle der Parteiantisemiten davongeschwommen waren. Der Verleger Eugen Nübling blieb seinen antisemitischen Ansichten zeitlebens treu. Der Mann, dem 1936 bescheinigt wurde, *schon vor 50 Jahren ... die große Bedeutung der Judenfrage erkannt zu haben und dafür schwer angefeindet worden zu sein*¹⁵⁷, verkörpert idealtypisch die personelle Kontinuität zwischen ‚alten‘ und ‚neuen‘ Antisemiten: Nach erfolglosen Kandidaturen zum Reichstag für den BdL 1903 und 1912 wurde Nübling 1906 und 1912 als Bauernbündler für den Bezirk Münsingen in den Landtag gewählt, obwohl seine Wahlauftrufe seine Gesinnung nicht verbargen¹⁵⁸.

1903 hatte schließlich noch ein weiterer vormaliger Beinahe-Kandidat der Antisemiten, der schon erwähnte Landwirt Lang aus Oberensingen, im Esslinger Wahlkreis für den Bauernbund kandidiert und immerhin die Stichwahl erreicht¹⁵⁹. Langs Wirken für die Antisemiten hatte sich nicht auf die Beinahe-Kandidatur 1893 beschränkt. Er hatte 1895 dem Antisemitenblatt bescheinigt, allein *offen und ehrlich* für die Landwirtschaft einzutreten und jene Bauern kritisiert, die der *so-gen. Volkspartei ... unter Führung von Juden und Advokaten* vertrauten¹⁶⁰.

Wenn ausgewiesene Antisemiten wie Nübling und Lang für das Zentrum und die Nationalliberalen wählbar waren, darf es nicht verwundern, dass der Antisemitis-

154 1900 zählte der Bauernbund landesweit über 20.000 Mitglieder und war praktisch in jedem evangelischen Landort mit einer Ortsgruppe präsent. Auch publizistisch war der Bund zum Machtfaktor geworden. Vgl. Müller (wie Anm. 7), passim.

155 RP Nr. 52 v. 2. 3., Nr. 94 v. 23. 4. 1895.

156 K. Weltin: Die Ulmer Presse im Überblick, in: H. E. Specker (Hrsg.): Aspekte aus dem Leben der Stadt. Zum 100. Jahrestag der Vollendung des Ulmer Münsters (Forschungen zur Geschichte der Stadt Ulm: Reihe Dokumentation 7) Stuttgart 1990, hier S. 469.

157 KB 123 v. 29. 5. 1936 (= Kurzartikel zum 80. Geburtstag). Als Kontrast dazu der Nachruf von M. Huber, in: Ulm und Oberschwaben 32 (1951), S. 115–119, der kein Wort über Nüblings Antisemitismus verliert.

158 Raberg (wie Anm. 82), S. 620. 1906 erhielt er zur Nachwahl die Unterstützung des Zentrums: Kopien aus dem Münsinger Alb-Boten 1906, für die ich dem Kreisarchiv Reutlingen bestens danke.

159 Lang erhielt Unterstützung der Konservativen; für die Stichwahl rief sogar die (nationalliberale) Deutsche Partei zu seiner Wahl auf. Vgl. Esslinger Zeitung Nr. 136–144 v. Juni 1903.

160 SR Nr. 7 v. 17., Nr. 9 v. 31. 5. 1895.

mus à la Bauernbund¹⁶¹ in Württemberg schließlich zum politischen Alltag gehörte. Ein Nübling, nach dem noch heute ein Weg in Ulm benannt ist, war im Landtag kein Außenseiter wie etwa die Sozialdemokraten sondern Ehrenmann unter Ehrenmännern; kein Protest regte sich bei seinem Einzug in den Halbmond-saal. Zur Abrundung des Bildes sei darauf verwiesen, dass der „Reform“-Redakteur Bösenberg und mit ihm weitere Antisemiten bereits 1893 Kontakte zur sich bildenden badischen Sektion des BdL knüpften¹⁶².

Begreift man, wie schon betont, die Geschichte des politischen Antisemitismus als integralen Teil der Geschichte der Rechten, des Konservatismus – Friedrich Naumann nannte den Antisemitismus „Konservatismus unaristokratischer Art“ –, so liegt die enge ideologische Verwandtschaft zum BdL/Bauernbund auf der Hand. Zu nennen wären etwa dessen stets betontes christliche Weltbild, die Beschwörung der mittelständischen Gesellschaft (die auch als Abwehrwaffe gegen den Vorwurf der Junkerpartei diente), schließlich die Glorifizierung der Monarchie. Diese ideologischen Bastionen beinhalteten eine dezidierte Feindschaft gegen demokratische Bestrebungen – und ganz konsequent einen abgrundtiefen Hass gegen die Linke, SPD und linksliberale Volkspartei¹⁶³.

Alle diese Fixpunkte galten auch für die antisemitischen Parteien Württembergs. *Der christliche Staat* war etwa der Reformpartei Symbol der *innige[n] Verbindung* zwischen Deutschtum und Christentum und – wie beim BdL – moralische Legitimation für jüdenfeindliche Ausfälle¹⁶⁴. Sah sich die Reformpartei als *durchaus monarchisch gesinnt*¹⁶⁵, so stand auch ihr deutschnationaler Vorläufer *auf streng*

161 Der Antisemitismus vor 1933 bleibt in Ortsgeschichten in aller Regel unbehandelt. Die Beispiele reichen von *Borstys* voluminöser Geschichte Esslingens bis zu den Arbeiten über Stuttgart. Als unrühmliches Muster mag das 1959 von den Städtischen Spar- u. Girokassen vorgelegte Werk: 75 Jahre Stuttgart. Beiträge zu seiner Kultur- u. Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 75jährigen Bestehen d. Städtischen Sparkasse Stuttgart, Stuttgart 1959, S. 97 ff stehen. Dort wird schnörkellos eine Legende präsentiert: „In Stuttgart, wie überhaupt in ganz Württemberg gab es, bevor die Nazis kamen, keine Judenfeindschaft.“ Demzufolge werden sozusagen idyllische Verhältnisse vor 1933 suggeriert. Demgegenüber hat *U. Schmidt*: Die Geschichte der Stadt Langenau, Stuttgart 2000, dieses Thema nicht ausgespart und dabei auch die Rolle Nüblings und Kleemanns im benachbarten Ulm erwähnt. Bezüglich des angeblich „auf Ost- und Norddeutschland beschränkt[en]“, Bauernbunds (S. 166) unterliegt er einem fundamentalen Irrtum und wird auch der Langenauer Politiker-Dynastie Haug nicht ganz gerecht. Auf Johann Friedrichs (1827–1900) Wendung zu den Antisemiten wurde bereits hingewiesen; 1895 wurde er als Parteiloser wiedergewählt. Sein Bruder Gottlieb (1844–1908) trat als Bündler 1900 dessen (amtliche und) parlamentarische Nachfolge an. Er hatte sich bereits 1898 in Crailsheim um ein Reichstagsmandat bemüht; seine Gegner sahen ihn unter *konservativ-antisemitischer Flagge*: FG Nr. 92 v. 14. 6. 1898.

162 *Wolf* (wie Anm. 122), S. 38 f.

163 Dazu ausführlich *Müller* (wie Anm. 7), insbes. S. 282–285. Zum Reichs-BdL vgl. *H. J. Puhle*: Agrarische Interessenpolitik und preussischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893–1914): ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1967. Das Naumann-Zitat aus dessen Werk „Demokratie und Kaisertum“.

164 Vgl. SR Nr. 18 v. 3. 8. 1895. Dort und in den folgenden Nrn. veröffentlichte das Blatt die Parteigrundsätze.

165 SR Nr. 19 v. 9. 8. 1895.

*monarchischem Boden*¹⁶⁶. Dementsprechend gehörte das „Hoch“ auf Kaiser und König zum Ritual bauernbündlerischer wie antisemitischer Veranstaltungen. Bekämpfte Vogel von den Deutschnationalen den Liberalismus als *Frucht einer ... undeutschen Weltanschauung*¹⁶⁷, so wollte die Reformpartei *keine Herrschaft des Parlamentarismus*¹⁶⁸. In ihrem Gründungsaufwurf forderte sie Staatshilfe für den von Großkapital und SPD gefährdeten Mittelstand¹⁶⁹. Ähnlich hatte Welcker 1893 argumentiert: Es gelte, gegen eine *Mehrbelastung* des Mittelstandes zu kämpfen, sei dieser doch *Rückgrat des Staates*¹⁷⁰.

Waren also die Antisemiten-Parteien über ihr Hauptanliegen hinaus konservativ-, bauernbündlerisch, so gilt umgekehrt, dass der Bauernbund, wie der BdL im Reich, ganz dezidiert antisemitisch war. Natürlich war nicht jede Veranstaltung der Bündler von Ausfällen gegen die Juden geprägt – dies war ja nicht ihr zentrales Thema. Dennoch gilt, dass der Bauernbund mit seinem konservativen Partner antisemitisches Denken im Königreich salonfähig machte – entsprechende Parteien waren nun überflüssig. Man polemisierte mit allen Mitteln der Demagogie gegen die Juden: Sie waren Feinde des Christentums bzw. des christlichen Staates, man bekämpfte sie als Führer der politischen Linken, als Großkapitalisten oder Sozialisten, als Ausbeuter der Bauern oder als Kulturzerstörer sowie als freche fremdrassige Eindringlinge – kein noch so absurder Vorwurf wurde ausgespart. Man agitierte mal derb, mal ganz subtil und entsprechend dem wachsenden Gewicht des Bundes galt das Wort, dass der stete Tropfen den Stein höhlt. (Und auch wenn auf antisemitische Rhetorik verzichtet wurde, wussten die Wähler genau, wo der Bauernbund stand.) Diese enorme und nicht endende Brunnenvergiftung ist an anderer Stelle ausführlich beschrieben¹⁷¹; zusätzliche ‚Kostproben‘ seien hier aufgeführt.

Schon während der Anfangsphase des Bundes bekannte sich dessen Führungsduo zur Judenfeindschaft. Der Gutspächter Rudolf Schmid, seit 1896 bis zu seinem Tod 1917 an der Spitze des württembergischen Landesverbandes stehend, fragte 1895 etwa rhetorisch: *Soll man so lange zuwarten, bis der deutsche Grund und Boden in den Händen der Herren Itzig und Kohn sich befindet ... ?* Zugleich wetterte er gegen den *freihändlerischen Judo-Liberalismus* und die *judo-liberalen Zeitungsschreiber*¹⁷². Antisemitismus war für den Demagogen nicht zuletzt Munition im Kampf gegen die verhasste linksliberale Volkspartei, die „Partei des Volkes Israel“ und „Beschützerin des Judentums“¹⁷³. Theodor Körner, seit 1895 Geschäftsführer des Bundes und eine Art württembergischer ‚Pressezar‘, wetterte etwa ge-

166 Zit. nach dem Parteiprogramm bei *Genuneit* (wie Anm. 6), S. 14.

167 RP Nr. 153 v. 4. 7. 1894.

168 SR Nr. 19 v. 9. 8. 1895.

169 SR Nr. 16 v. 19. 7. 1895.

170 RP Nr. 27 v. 2. 2. 1893.

171 Müller (wie Anm. 7), passim.

172 RP Nr. 186 v. 10. 8. 1895.

173 Zit. nach Oekonomierat Schmid. Ein Lebensbild eines württembergischen Bauernführers..., Stuttgart 1927, S. 48 u. 151. Das zweite Zitat stammt aus einem Schnellpost-Artikel.

gen den jüdischen Geldadel, der mit seinen Riesenkapitalien das Erwerbsleben nach der Devise *Geld regiert die Welt* vergiftete¹⁷⁴. Während einer anderen Versammlung forderte er folgerichtig, es gelte *die Herrschaft des Judentums* zu bekämpfen¹⁷⁵.

Wahlkämpfe des Bundes waren eigentlich ohne judenfeindliche Ausfälle kaum vorstellbar. Der volksparteiliche Landtagskandidat Schock, ein Landwirt, der 1895 im Bezirk Gaildorf antrat, sah sich sofort mit anonymen antisemitischen Ausfällen gegen seine Partei konfrontiert (*Das Volk hat die Advokaten- und Judenwirtschaft ... satt*)¹⁷⁶, hinter der nur die Klientel des Bauernbundes stehen konnte. Im 1898er Reichstagswahlkampf konterte ein anonymes Crailsheimer Demokrat bündlerische Angriffe scharf: *Wir empfehlen den Israeliten ... die Lektüre des württembergischen Organs des ‚Bundes der Landwirte‘, wo die Judenhetze in solch widerlicher Weise betrieben wird, daß jeder anständige Mensch sich mit Ekel abwenden muß*¹⁷⁷. *Die meisten Juden sind entweder Demokraten oder Sozialdemokraten! Beim ‚Bund der Landwirte‘ ist kein einziger Jude!*¹⁷⁸ formulierte 1900 anklagend-triumphierend ein anderer Bündler. Im Bezirk Öhringen hatten Gesinnungsgenossen ein Wahllied der Volkspartei auf perfide Art umgedichtet: *Doch darfst Du nicht meinen, wir hätten nicht/Auch Männer von ‚Altem Adel‘:/Als Stammbaum die krumme Nas‘ im Gesicht/Sind sie ‚Ritter des Volks‘ ohne Tadel;/ Die metzgen noch heute die Höfe all‘/U. – reden vom Volkswohl im Halbmondsaal!*¹⁷⁹

Ein letztes Beispiel aus der endlosen Palette bündlerischer Volksverhetzung sei noch angeführt: Zur Landtags-Proporzwahl 1907 erschien im Gaildorfer Blatt eine ähnlich perfide BdL-Anzeige. Wurde dort eingangs gegen den *famosen Vorschlag* polemisiert, den *Israeliten* Elsas, den Vorsitzenden der Volkspartei, zu wählen, so folgte der Vorwurf, SPD und Volkspartei hätten im Reichstag gegen das Verbot der Judeneinwanderung gestimmt. Die Schuld an der derzeitigen Fleischverteuerung wurde überwiegend jüdischen Großhändlern zugeschrieben, die Feinde der Landwirte lokalisierte man unter den *internationalen Börsen-Gauner[n]*. Weiteren Ausfällen gegen die Nachfahren der aus Ägypten Durchgebrannten, die auch heute noch *blos schachern wollten*, folgte schließlich die Warnung vor der *von Juden am Nasenring geführte[n] und von den Juden Marx und Lassalle begründete[n] Sozialdemokratie*¹⁸⁰.

Dass die württembergischen Reichstagsabgeordneten des BdL sich der 1903 entstandenen Wirtschaftlichen Vereinigung anschlossen, war eine Allianz von Gesinnungsgenossen: *Dieser Zusammenschluß mit den besten Vorkämpfern gegen das Judentum wie Liebermann von Sonnenberg, Stöcker, Reventlow u. a. wirkte sich*

174 FG Nr. 69 v. 5. 5. 1896 (Versammlung in Honhardt im OA Crailsheim).

175 KB Nr. 153 v. 24. 12. 1898 (Versammlung in Eschach im OA Gaildorf).

176 KB Nr. 11 v. 24. 1. 1895. Dort noch eine weitere judenfeindliche Anzeige.

177 FG Nr. 93 v. 16. 6. 1898.

178 FG Nr. 195 v. 15. 12. 1900.

179 Hohenloher Bote (Öhringen) Nr. 189 v. 3. 12. 1900.

180 KB Nr. 4 v. 7. 1. 1907.

auf das Segensreichste aus und habe die Bündler in ihrer *alldeutschen, judengegnerischen Einstellung auf das Nachhaltigste bestärkt*¹⁸¹.

Bis in die frühen 1890er Jahre führte die (Deutsch)-Konservative Partei Württembergs ein Schattendasein. Allerdings besaß die Partei mit der seit 1880 in Stuttgart erscheinenden „Deutschen Reichs Post“, dem Organ der Konservativen Süddeutschlands, eine wichtige publizistische Waffe. Der Bedeutungsgewinn von Partei und Zeitung ist mit dem Namen Friedrich Schrempf verbunden, der seit 1892 sowohl als Parteisekretär als auch als Chefredakteur agierte und 1895 als erster Konservativer in den Landtag einzog. Schrempf war sozusagen die Partei, und er war es auch, der das politische Potential des Bauernbundes erkannte und – in Doppelfunktion – auch als dessen Funktionär und Förderer wirkte¹⁸². Die enge ideologische Verwandtschaft mit den Bündlern machte die Konservativen sozusagen zum – wenn auch weniger erfolgreichen – ‚städtischen Bauernbund‘. Sie blieben zwar Anhängsel des BdL, die gemeinsamen Kandidatenlisten und die Fraktionsgemeinschaft im Landtag eröffnete ihnen jedoch erstmals politische Handlungsmöglichkeiten.

Die Deutschkonservativen im Reich nahmen zwar – auf Druck Stoeckers und seiner Klientel – erst 1892 den vielzitierten Satz *wir bekämpfen ... den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden Einfluß des modern-jüdischen Wesens auf unser Volksleben* in ihr Programm auf¹⁸³. Damit habe der Parteitag jedoch *nur ausgesprochen, was bisher schon stets konservative Anschauung war*; keineswegs habe die Partei nun einen *antisemitischen Charakter angenommen*¹⁸⁴. Dieser Sophismus wurde schließlich erläutert: Man sah sich als Vertreter eines *berechtigten Antisemitismus*, der von den *reinen* Antisemiten – Maulhelden in den Augen der Partei – diskreditiert werde¹⁸⁵. Schon in einem früheren Grundsatzartikel (*Sind wir Antisemiten?*) hatte das Parteiblatt alle Register gezogen um dieser Art von Antisemitismus moralische Legitimation zu verleihen. Man verwies – die unvermeidliche Floskel – auf die Achtung vor *gottesfürchtigen Juden* und betonte, es gehe nicht um religiöse, sondern allein um wirtschaftliche Fragen, *nicht um die Synagoge, sondern um die Börse, nicht um den Talmud, sondern um den Geldbeutel*. Mit die-

181 K. Haag: Gedenkschrift der ehemaligen Ortsgruppe Heilbronn des württbg. Bauern- und Weingärtnerbundes 1901–1933, Heilbronn 1935, S. 23. Diese Schrift im Stürmer-Stil gehört zu den entlarvendsten Quellen zum präfaschistischen und antisemitischen Charakter des Bauernbundes schon im Kaiserreich – auch wenn das Erscheinungsjahr gewisse Anbiederungstendenzen suggeriert. Man brüstete sich etwa mit dem Abgeordneten Wolff (1867–1927), einem früheren Pfarrer, einen „der ersten Vorkämpfer in der Rassenfrage“ zum Gesinnungsgenossen gehabt zu haben (S. 23). Auf kaum einer Seite der Schrift fehlen Angriffe auf Juden oder die politische Linke. Liebermann v. Sonnenberg trat auch als Redner auf der Landesversammlung des Bauernbundes 1905 auf: HT Nr. 279 v. 28. 11. 1905.

182 Vgl. dazu G. Decker: Schrempf, Friedrich, konservativer Schriftleiter, Landtags- und Reichstagsabgeordneter, in: Württ. Nekrolog für 1913, S. 7–18, auch Müller (wie Anm. 7). Im weiteren Sinne lässt sich auch das bereits erwähnte Pietistenblatt *Christen-Bote* zum konservativen Spektrum rechnen. Schließlich waren die württ. Konservativen eine Art Pietistenpartei.

183 Zit. nach Unsere Neue Kammer. Württ. Landtagsalmanach für 1895–1901, Stuttgart 1895, S. 102.

184 RP Nr. 293 v. 14. 12. 1892.

185 RP Nr. 172 v. 26. 7. 1893.

ser Argumentation à la Stoecker warf man sich in die Pose des edlen Kämpfers *gegen alle Feinde der öffentliche Wohlfahrt, gegen die Verderber unseres ... Volkes, gegen Schwindel und Korruption*. So ließ sich dann treuherzig argumentieren, der Antisemitismus sei *am gründlichsten und vernünftigsten aus der Mitte des Judentums heraus* zu bekämpfen; man heuchelte sogar Bedauern für Unschuldige¹⁸⁶.

Es ist keineswegs übertrieben, dem konservativen Blatt aus Stuttgart eine Art Dauerkreuzzug zu unterstellen¹⁸⁷; natürlich in der Art des ‚berechtigten‘ Antisemitismus. 1893, auf dem Höhepunkt dieser Agitation, wurde das Verhältnis zu den ‚reinen‘ Antisemiten beleuchtet. Habe man ursprünglich an *schiedlich-friedlich[e]* Beziehungen gedacht, müsse man nun die radikale Richtung als *destruktiv* bekämpfen, seien doch die Parteigänger Ahlwardts, Böckels und Zimmermanns – das Argument war entlarvend – *bei den Schlagworten ‚Junker‘ und ‚Ausbeuter‘ angelangt*¹⁸⁸.

Dem linksliberalen „Beobachter“ warf man etwa vor, auf der Seite der Güterschlächter und wucherischen Viehhändler zu stehen¹⁸⁹. Für das konservative Blatt stand fest, dass die antisemitische Bewegung allein *durch die jüdische Anmaßung, die insbesondere in der demokratisch-freisinnigen Presse sich breit macht, großgezogen* wurde¹⁹⁰. Es seien dann, so hieß es in staatsmännischer Pose an anderer Stelle, die Konservativen gewesen, die die *Lösung der Judenfrage* in Angriff genommen hätten. Dadurch sei verhindert worden, dass *die durch die Uebermacht und den Uebermut der Juden unglaublich gereizte Bevölkerung* in die Hände der *wirklichen Demagogen* falle¹⁹¹.

Genüsslich berichtete die „Reichspost“ über Prozesse gegen Juden. Einen Bericht über die Verhandlung gegen einen Pferdehändler aus Freudental überschrieb man mit *Ein semitischer Anti-Semitenzüchter*¹⁹², betrügerische Ulmer Güterhändler wurden als *Zwei Antisemitenzüchter* präsentiert¹⁹³. Jedwede Nachricht aus dem Reich oder anderswo, die sich im Sinne der Antisemiten instrumentalisieren ließ, wurde entsprechend polemisch veröffentlicht. Typisch für diese gehässig-bösartige Haltung war etwa die rhetorische Frage am Ende des zuerst erwähnten Prozessbe-

186 RP Nr. 177–180, 1. – 5. 8. 1891. Die Zitate in Nr. 179 u. 180.

187 Diese Aussage gilt uneingeschränkt für den überprüften Zeitraum 1890–1895. Im Januar 1893 veröffentlichte das Blatt z. B. 6 entsprechende Artikel. 1907 beklagte das Blatt z. B. den Einzug dreier Juden als Angehörige einer „fremden Rasse“ in den zuvor „judenreinen“ Landtag: *Gawatz* (wie Anm. 16), S. 307. Mit Stossrichtung gegen den linksliberalen *Beobachter* erklärte man, es nicht nötig zu haben, *sich in eine G.m.b.H. mit Moses und den Propheten umzuwandeln*: Zit. nach HT Nr. 136 v. 15. 6. 1909. Auch das Nachfolgeblatt, die seit 1913 erscheinende *Süddeutsche Zeitung*, setzte diesen Kurs (auch in der Weimarer Republik) fort. Mit dem Erscheinen einer weiteren überregionalen Zeitung 1913, der geistesverwandten *Schwäbischen Tageszeitung* des schon genannten ‚Pressezaren‘ Körner, war die bündlerisch-konservative Pressemacht noch verstärkt.

188 RP Nr. 176 v. 30. 7. 1893.

189 RP Nr. 75 v. 30. 3. 1892.

190 RP Nr. 98 v. 28. 4. 1893.

191 RP Nr. 223 v. 23. 9. 1893.

192 RP Nr. 128 v. 3. 6. 1892.

193 RP Nr. 77 v. 4. 4. 1894.

richtes: *Wo ist der Schutzverein zur Bekämpfung des Antisemitismus?*, für den es schließlich Arbeit gebe¹⁹⁴.

Der Anfang 1891 in Berlin überwiegend von liberalen Christen gegründete *Verein zur Abwehr des Antisemitismus* (Abwehrverein) besaß auch eine Stuttgarter Ortsgruppe; deren Existenz blieb jedoch *unscheinbar*¹⁹⁵. Obwohl der Abwehrverein¹⁹⁶ weder im Reich noch in Württemberg den Antisemiten wirksam Paroli bieten konnte, polemisierte die „Reichspost“ häufig – und oft mit niederträchtigen Kommentaren – gegen ihn¹⁹⁷.

Eine 1894 in Berlin publizierte Zusammenfassung konservativen Judenhasses¹⁹⁸, die ohne Zweifel auch die Sicht der Württemberger einschließlich ihrer Allianzpartner vom BdL reflektiert, entlarvt den ‚berechtigten‘ Antisemitismus vollends. Das langatmige Horrorgemälde wies jedenfalls der Mehrheit der Juden die Rolle von Außenseitern und Sündenböcken zu, indem es sie einerseits der *rücksichtslose[n] Hingabe an den Erwerbsinstinkt*, andererseits einer *geringen Neigung zum Aufgehen im Deutschthum* zieh¹⁹⁹. Die so Diffamierten wurden als Wucherer, Ausbeuter, Großbankrotteure und sonstige Millionendiebe, als Schmarotzerexistenzen, sozialdemokratische Agitatoren, Zersetzer und Vernichter deutschen Volkstums, unredliche Rechtsanwälte oder parteiische Reporter stigmatisiert – und dies ist nur eine Auswahl. Danach wurde dann zugestanden, dass *unzweifelhaft auch eine große Anzahl von Juden, welche vorwurfsfrei leben, ... eine Anzahl hochachtbarer, gut deutsch gewordener Juden* existiere²⁰⁰. Diese rechtfertigten jedoch nicht, *der ganzen Gemeinschaft andauernd mit blindem Vertrauen* zu begegnen. Sie hätten zudem versäumt, eine *planmäßige Bekämpfung aller ‚Ausschreitungen‘ ... im eigenen Lager zu organisieren*²⁰¹. Der scheinbar die NS-Propaganda vorwegnehmende Text endete dann mit unverhüllten Drohungen: *Unsere Juden sollten sich nicht zu sehr auf ihre Macht, ihren Reichtum und ihren bisherigen christlich-deutschen Anhang verlassen. Diesem werde der Nachwuchs ausgehen; bald wird es unter unabhängigen Deutschen nur noch gemäßigte und radikale Antisemiten geben*²⁰².

194 Wie Anm. 191.

195 *Zelzer* (wie Anm. 47), S. 68. Irrtümlich wird dort die Gruppe auf 1890 datiert, als Grund für die geringe Wirksamkeit bemerkt, dass es *keinen offenen Antisemitismus gab* (sic) *oder sein Erscheinen nicht ernst genommen wurde*.

196 Zu dessen Mitinitiatoren aus Württemberg gehörten Kammerpräsident Payer, seine Reichstagskollegen Pfau, Siegele und Hähle von der Volkspartei sowie Oberregierungsrat Diefenbach, Gutspächter Hege, Strafanstaltsdirektor Köstlin, Kommerzienrat Meyser-Ulm u. der Reichstagsabgeordnete Gustav Siegle: FG Nr. 15 v. 3. 2. 1891.

197 Vgl. z. B. Nr. 35 v. 12. 2., Nr. 142 v. 21. 6. 1891, Nr. 176 v. 30. 7. 1892 (*Judenschutztruppe*).

198 Stichwort ‚Antisemitismus‘ in: *Konservatives Handbuch*, Berlin ²1894, S. 12–23.

199 Ebd. S. 13.

200 Ebd. S. 18.

201 Ebd. S. 19. Dieser Vorwurf beleuchtet besonders drastisch den ebenso borniert-bösartigen wie unsinnigen Charakter konservativer Propaganda. Man hätte auch den ‚guten‘ Christen vorwerfen können, zu versäumen, die ‚schwarzen Schafe‘ im eigenen Lager zu erziehen.

202 Ebd. S. 22f.

Antisemitische Verbände

Es war kein Zufall, dass im Zenitjahr des Antisemitismus, 1893, auch die wichtigste Angestelltenorganisation des Kaiserreichs, der (so seit 1895 firmierende) Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (DNHV) entstand. Während dessen soziales Anliegen – Verbesserung der Lage der Handlungsgehilfen – hier nicht zu behandeln ist, gilt dies um so mehr für die Ideologie. Diese war – dafür stand ‚deutschnational‘ – chauvinistisch, anti-sozialdemokratisch und dank einer Art Patenrolle der Deutschen Reformpartei dezidiert antisemitisch. Juden und ihre Abkömmlinge waren von der Mitgliedschaft ausgeschlossen.

Die von Hamburg ausgehende Angestelltenbewegung verbreitete sich im ganzen Reich und zählte am Vorabend des Weltkrieges etwa 160.000 Mitglieder. Während sich die Partei-Antisemiten weiterhin bekämpften und immer mehr zu Sektierern wurden, darf der DNHV geradezu als Felsen im Meer des zersplitterten Antisemitismus bezeichnet werden. Er bot seinen Mitgliedern durch zahlreiche Veranstaltungen und ein eingefordertes Engagement eine gesellschaftlich-politische ‚Heimat‘. Zugleich hatte man den Parteiantisemitismus alter Prägung überwunden und stand für einen neuen – völkischen – „Antisemitismus der Jüngeren“²⁰³.

Es war in Stuttgart, wo der DNHV anlässlich eines reichsweiten Verbandstages 1909 seinen ‚Arierparagraphen‘ noch verschärfte (*Juden und in einem bewußten Gegensatz zum Deutschtum stehende Angehörige anderer Nationen und Rassen können keinerlei Mitgliederrechte erwerben*)²⁰⁴. In Württemberg, dem Gau Schwaben, war der DNHV flächendeckend vertreten. Jede wichtigere Stadt verfügte über eine Ortsgruppe, der Gau war in vier Unterabteilungen – die vier württembergischen Kreise – untergliedert²⁰⁵. Bemerkenswert war, dass der Verband nicht etwa ein Außenseiterdasein führte, sondern gesellschaftlich integriert und akzeptiert war. Sowohl 1909 als auch während des 15. Gautags 1912, letzterer ausgerichtet zusammen mit dem württembergischen Handlungsgehilfentag, wurden die deutschnationalen Antisemiten von hochrangigen Vertretern von Staat und Kommunen geradezu hofiert²⁰⁶; niemand nahm Anstoß an der ideologischen Ausrichtung des Verbandes.

Man hat dem württembergischen DNHV nicht nur eine starke Stellung, sondern auch eine Funktion als „wichtiger Wegbereiter des Nationalsozialismus“ attestiert²⁰⁷. Zwei Lebensläufe belegen dies überdeutlich. Der spätere württembergische

203 Zum Vorangehenden *Hamel* (wie Anm. 32), S. 52–71, Zitat S. 69.

204 Zit. nach ebd., S. 83.

205 KreisA Schwäb. Hall 1/1071. Die Haller Ortsgruppe trat z. B. 1900 ins Leben.

206 1909 waren zudem Vertreter aller Parteien Württembergs außer der SPD und den Demokraten, ein Repräsentant der Alldeutschen und – besonders bezeichnend – der Berufsantisemit Liebermann von Sonnenberg anwesend: HT Nr. 136 v. 15. 6. 1909, auch Vfr. Nr. 6 v. 9. 1. 1912.

207 *J. Scholtyseck*: „Der Mann aus dem Volk“. Wilhelm Murr, Gauleiter und Reichsstatthalter in Württemberg-Hohenzollern, in: *M. Kießner, ders.* (Hrsgg.): *Die Führer der Provinz, NS-Biographien aus Baden und Württemberg*, Konstanz 1999, hier S. 478.

NS-Gauleiter Wilhelm Murr (1888–1945) hatte vor 1914 seine prägende politische Sozialisation beim DNHV gefunden und war zum bekennenden Antisemiten geworden. Nach der ‚Machtergreifung‘ bekannte er stolz, dort seien *die Nationalsozialisten der Vorkriegszeit* gewesen²⁰⁸.

Ein anderer junger Württemberger, Alfred Roth (1879–1948), trat 1897 nach einem Stuttgarter Vortrag des DNHV in den Verband ein, nachdem er schon zuvor Mitglied des antisemitischen Deutschen Jugendbundes geworden war²⁰⁹. Hier begann die Karriere eines Berufsantisemiten, eines – für die zweite Generation – ‚Antisemiten der Antisemiten‘, die ihresgleichen sucht. Roth trat 1901 in die Hamburger Zentrale des DNHV, wo er bald eine leitende Stellung bekleidete. Er war nicht nur Mitglied der Alldeutschen, die man bis 1918 als ‚Antisemiten im Wartestand‘ bezeichnen könnte²¹⁰, sondern kam 1914 auch an die Spitze des Reichshammerbundes. Diese Gemeinschaft meist junger, dem Rassenwahn verpflichteter Antisemiten scharte sich um Theodor Fritsch und seine Zeitschrift „Hammer“ und pflegte Verbindungen zum DNHV und den Alldeutschen. Seit 1905/06 existierte eine solche Gruppe auch in Stuttgart²¹¹. Die ‚große Zeit‘ dieser Gruppierungen sollte dann mit der Revolution 1918 beginnen.

Schlussbetrachtungen

Auch wenn dies die landesgeschichtliche Forschung bisher ignoriert hat, so steht doch fest, dass seit etwa 1900 auch in und für Württemberg galt, dass jüdische Deutsche dem Antisemitismus „auf Schritt und Tritt“ begegneten²¹². Wie anderswo dürften auch hier junge Juden etwa in Schule, Universität oder Armee schmerzhaft Erfahrungen mit Antisemitismus und Diskriminierung gemacht haben. Walter Rathenau hat dies prägnant formuliert: *In den Jugendjahren eines jeden deutschen Juden gibt es einen schmerzlichen Augenblick ... : wenn er sich zum erstenmal voll bewußt wird, daß er als Bürger zweiter Klasse in die Welt getreten ist...*²¹³. Zu solch prägenden – und anhaltenden – Erfahrungen dürften auch solche mit leitenden Staatsdienern gehört haben. Verständnis oder gar Sympathie durften

208 Ebd., S. 479. Das Zitat ursprünglich bei *Genuneit* (wie Anm. 6), S. 29.

209 *Hamel* (wie Anm. 32), S. 81.

210 Der von 1908 bis 1939 amtierende Reichsvorsitzende Heinrich Class war zeitlebens Antisemit; offiziell bekannte sich der Verband erst im Oktober 1918 zum Kampf gegen die Juden. A. *Kruck*: Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Wiesbaden 1954, S. 130f und – auch zu Roths Aktivitäten – passim. In Württemberg existierten im Kaiserreich mindestens in Stuttgart, Heilbronn und Tübingen Ortsgruppen der Alldeutschen.

211 *Hamel* (wie Anm. 32), S. 104 ff. Zum Wirken Roths auch nach 1918 als Publizist und Antisemitenführer vgl. ebd., passim, *Genuneit* (wie Anm. 6), S. 15 ff, W. *Jochmann*: Die Ausbreitung des Antisemitismus, in: W. E. Mosse, A. Paucker (Hrsgg.): Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923, Tübingen 1971, S. 409–510 (passim). Roth wurde bei der Reichstagswahl 1912 als gemeinsamer Kandidat der Reformpartei und des BDL nominiert: *Pulzer* (wie Anm. 8), S. 179.

212 *Richarz* (wie Anm. 19), S. 35.

213 Zit. nach ebd., S. 38.

Juden dort allenfalls in Ausnahmefällen erwarten, war doch das Gros der höheren Beamtschaft Württembergs, die Erben der „Ehrbarkeit“, konservativ²¹⁴. Diese Elite hatte spätestens seit dem Verschwinden der Radau- und ‚reinen‘ Parteiantisemiten keinerlei Hemmungen, mit Exponenten des ‚berechtigten‘ und ‚aufgeklärten‘ Antisemitismus – die rassische Komponente wurde in Württemberg vergleichsweise selten ins Feld geführt – kollegial-freundschaftlich umzugehen und sie so aufzuwerten.

Das hier präsentierte Quellenmaterial will als exemplarisch verstanden werden. Es hätte den Rahmen der Studie gesprengt, mehr judenfeindliche Geistliche, Lehrer, Beamte, Journalisten, Politiker oder Vereinsvorstände in Aktion zu präsentieren. Demgegenüber sollen die eher ausführlichen Parteikapitel aufzeigen, dass dem ‚Aufgalopp‘ durch die ‚reinen‘ Antisemitenparteien die Übernahme der angeblichen Judenfrage durch die politische Rechte folgte. Ohne diese Tatsache wäre das Auftauchen und Verschwinden der Parteiantisemiten nur historische Marginalie geblieben und kaum darstellenswert gewesen.

Dieser Dambruch bewirkte in Württemberg wie anderswo, „daß der Antisemitismus als Gesinnung oder als ‚ein Stück Weltanschauung‘ sehr weit über den Kreis der Partei- und Verbandsantisemiten hinausging“²¹⁵. Als Beispiel dafür mag das Gaildorfer Lokalblatt dienen, das allerdings schon um 1893 heftig mit den Antisemiten sympathisierte und als ‚deutschnational‘ gelten darf, sich offiziell jedoch zu keiner Richtung bekannte. 1901 bejubelte es ohne jeden Skrupel in einem Leitartikel eine Neuerscheinung aus dem Haus des vielfach erwähnten „Altmeisters des Antisemitismus“ (J. Genuneit) Theodor Fritsch, die zu *Aufklärung des Volkes* neu erscheinenden Flugschriften ‚Gerade durch!‘. Die abgedruckte Kostprobe war dann reine Agitation á la Fritsch und hätte auch als BdL-Propaganda erscheinen können²¹⁶.

Vor dem Hintergrund eines gewandelten Antisemitismus (von *der Gasse und der Gosse* zu einem solchen *in Glacéhandschuhen*²¹⁷) und dessen *Ausdehnung auf alle*

214 Gemeint ist damit die „konservative Grundhaltung der schwäbischen Beamtschaft“ (W. Beson: Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933, Stuttgart 1959, S. 52), die für die Zeit um 1900 noch ausgeprägter war. Dass diese Haltung einen mindestens latenten Antisemitismus beinhaltete, hat etwa der letzte Finanzminister des Königreichs, Theodor v. Pistorius, demonstriert. Er zitierte in einem Rückblick (T. v. Pistorius: Die letzten Tage des Königreichs Württemberg: mit Lebenserinnerungen und Lebensbekenntnissen von seinem letzten Finanzminister, dem nachherigen Hochschullehrer, Stuttgart 1935) einen anderen Konservativen, den Heraldiker v. Gaisberg-Schöckingen, mit einer Aussage zum Wappen des republikanischen Württemberg. Dieser hatte 1921 in der (antisemitischen) Süddeutschen Zeitung mit bösamigem Sarkasmus dafür plädiert, „einen auf seinem Geldsack thronenden lachenden Juden“ in das Staatselement aufzunehmen. Pistorius nannte die Aussage „urwüchsig“ und lobte sie als „Zeugnis eines aufrechten Mannes“ (S. 168 f).

215 Jochmann (wie Anm. 12), S. 460.

216 KB Nr. 54 v. 6. 5. 1901. Zum Hintergrund solcher Veröffentlichungen in Provinzblättern vgl. Jochmann (wie Anm. 12), S. 469.

217 Aus dem Blatt des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens von 1898, zit. nach A. Paucker: Zur Problematik einer jüdischen Abwehrstrategie in der deutschen Gesellschaft, in: *Mosse/Paucker* (wie Anm. 10), hier S. 536.

*Bereiche des öffentlichen Lebens*²¹⁸ muss betont werden, dass die als ‚Judenschutztruppen‘ unentwegt diffamierten Linksliberalen und Sozialdemokraten, aber auch die Juden selbst generell die Brisanz des Antisemitismus und dessen Langzeitwirkung unterschätzten. Jedenfalls blieb ihre alles andere als systematisch-konsequente Gegenwehr letztlich praktisch wirkungslos²¹⁹, auch wenn man etwa in der SPD die Antisemiten als *Vertreter der Antikultur*²²⁰ betrachtete.

Dennoch, und dies gilt besonders für Württemberg bis in den Weltkrieg hinein, bewerteten hier Juden wie tolerante Christen deren mit Sicherheit nicht zu übersehendes Wirken letztlich als ärgerlich, beleidigend und böseartig, keineswegs jedoch als bedrohlich. Dies muss auch als Fazit des rückwärtsblickenden Historikers gelten.

Ungeachtet des von den jüdischen Deutschen im Weltkrieg in Wort und Tat bewiesenen Patriotismus²²¹ und entgegen der erhofften wirklichen Akzeptanz setzte spätestens 1915/16 eine dramatische Wende ein. Wer etwa das Kriegstagebuch des Württembergers Julius Marx liest²²², kann eine Art Epochenwende im Heer wie in der Heimat nicht übersehen. Gordon Craig hat diesen Umbruch prägnant beschrieben: „Vor 1914 glich der Antisemitismus einer hartnäckigen unterschwelligen Infektion, die die Gesundheit des sozialen Organismus nicht ernsthaft gefährdete ... Nach 1918... sollte das Übel ... allmählich den ganzen Körper erfassen und ihn zum Wahnsinn treiben ...“²²³.

Wie anderswo begann nun auch in Württemberg eine Phalanx von Feinden des demokratischen Staates mit dessen Zerstörung. Dabei reichte die Bandbreite von den ‚honorigen‘ Antisemiten des Kaiserreichs – Bauernbund und den zur (deutschnationalen) Bürgerpartei mutierten Konservativen – über die völkischen Gefolgsleute eines Alfred Roth bis zur Hitlerbewegung. Spätestens hier bewahrheitete sich das eigentlich ältere prophetische Wort von Theodor Mommsen, dass es gegen den antisemitischen Pöbel weder Schutz noch Argumente gebe – *ob es nun der Pöbel auf der Straße oder der Pöbel im Salon ist, das macht keinen Unterschied. Canaille*

218 Ebd., S. 536.

219 Vgl. zu den Parteien einschließlich der letztlich ambivalenten Haltung von Zentrum und Nationalliberalen *Jochmann* (wie Anm. 12), S. 455 ff, zur Erfolglosigkeit der auch in Stuttgart bestehenden beiden Vereine – Abwehr- und Centralverein – *Paucker* (wie Anm. 217), passim.

220 So Liebknecht 1893 im Reichstag. Zit. nach *Pulzer* (wie Anm. 8), S. 241. Für August Bebel hatte der Antisemitismus jedoch seit etwa 1900 praktisch abgewirtschaftet. Vgl. ebd., S. 161.

221 Vgl. dazu *T. Kroner*: Das religiöse Leben in der israelitischen Religionsgemeinschaft, in: Württemberg unter der Regierung König Wilhelms II., Stuttgart 1916, hier S. 404 oder die Kriegserinnerungen des im Osten eingesetzten Göppinger Rabbiners A. Tänzer, in: *Richarz* (wie Anm. 19), S. 445 ff.

222 *J. Marx*: Kriegstagebuch eines Juden, Frankfurt/M. 1964. Marx artikuliert zugleich die zerstörten emanzipatorischen Hoffnungen: „Bei Kriegsbeginn schien jedes Vorurteil verschwunden ... Nun hört man wieder die alten, verhaßten Redensarten.“ (Herbst 1914; S. 32). – Der böseartige Angriff Erzbergers wurde bereits erwähnt. Die Vielzahl der nicht direkt Württemberg betreffenden Quellen und Literaturangaben kann hier unberücksichtigt bleiben. Vgl. jedoch *Jochmann*, *Ausbreitung* (wie Anm. 210).

223 *G. A. Craig*: Über die Deutschen, München 1982, S. 158 f.

bleibt Canaille, und der Antisemitismus ist die Gesinnung der Canaille. Er ist wie eine schauerliche Epidemie, wie die Cholera – man kann ihn weder erklären noch heilen²²⁴.

1916–1920

von JOACHIM PULZER

I. Ausbildung und Einsatz des württembergischen Unteroffizierskorps 1816–1914

Eine der Konsequenzen der Militärkonvention vom 21./25. November 1870 zwischen dem Norddeutschen Bund und Württemberg¹ durch die das württembergische Heer als XIII. (Königl. Würt.) Armeekorps in das Heer des Deutschen Reiches integriert wurde, war die Auflösung der Kriegsschule in Ludwigsburg². Während Bayern, dessen Heer als in sich geschlossener Bestandteil dem deutschen Reichsheer eingegliedert wurde, eigene Offiziersbildungsanstalten behielt³, wurden die württembergischen Offiziere fortan an preussischen Kadettenschulen, z. T. auch schon vorher an preussischen Kadettenkorps ausgebildet, und nicht wenige erhielten später eine Fortbildung durch Kommandierungen zu preussischen Truppen und Stäben, zur preussischen Kriegsakademie und zum Großen Generalstab⁴. Die führende Rolle, die Preußen dadurch erhielt, kam ihm auch bei der Ausbildung der württembergischen Unteroffiziere zu. Die württ. hatte es bisher nicht spe-

1. Abgedruckt in: Königlich-Württembergisches Militärschicksalsregister Württemberg.

2. Sie war von 1820 Nachfolgerin der 1820 gegründeten Offiziersbildungsanstalt und seit ihrer Neugründung 1861/62 auch preussischer Vorbild- u. Vorbildkadettenschule und eine Kadettenkorpscharaktere gegliedert, so wurde im Mai 1874 aufgelöst. Vgl. J. Fischer: Das württembergische Offizierskorps 1809–1918, in: H.-W. Schmoll (Hrsg.): Das deutsche Offizierskorps 1800 (Deutsche Volksgeschichte in der Reihe 111, Stuttgart am Rhein 1993, S. 1131) Vorwort zum deutsch-württembergischen Truppenamtlichen Statuten (Hrsg.: HNAAG) II 216 Nr. 2. Föderal-Württembergisches Generalstabsamt, Inventar des Generalstabes II 254a in: Hauptstaatsarchiv Stuttgart (Württemberg bei Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg, Serie 8, 2), Stuttgart 1996, S. 18, S. 216f. Soweit die vorliegende Arbeit auf württembergische bereits, handelt es sich darüber von Schmoll, die HNAAG, die Bundesarchiv – Militärarchiv verwaltet II, dessen Internetlicher Zugriff: <http://www.bundesarchiv.de> (Stand: 1. März 2007).

3. Vgl. H. Koser-Koser: Das bayerische Offizierskorps 1806–1918, Beiträge zu einer militärischen Sozialgeschichte Weyers in: Jahrbuch der D.M.G. 1973, S. 102 f. J. Graf: Offizierskorps, Kadettenkorps, Legationsschule, Kadettenkorps, in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1806–1918, Bd. 2, 1. Aufl. IV, Teil 1, München 1974, S. 229 f. J. Graf: Militärisches Offizierskorps, in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1806–1918, Bd. 1, München 1974, S. 194 f.

4. W. Schmidt: Preußen, Die Kadettenkorps Württemberg, in: Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1806–1918, Bd. 2, Fischer, Offizierskorps (wie Anm. 2), S. 114.